MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Schwelmer Zeitung

Allgemeiner Kreisanzeiger für den Ennepe-Ruhr-Kreis

Bezugspreis: Einschließlich Botenlohn für den Monat 1.80 Reichsmark. — Einzelpreis 10 Reichspfennig. — Die Schwelmer Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Geschäftsstelle: Schwelm Neustraße Nr. 6. — Telegr.-Anschrift: Zeitung Schwelm. Fernruf Nr. 2018. — Postscheckkonto Hannover 76913. — Für unverlangt gesandte Manuskripte wird keine Verbindlichkeit übernommen. Betriebsstörungen oder Streiks rechtfertigen keinerlei Ersatzansprüche.

Schwelmer Stadtanzeiger

Mit den Beilagen:

Auf roter Erde — Blätter für Unterhaltung — Modebericht — Auf heimischer Scholle.

Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil für 1 mm Höhe (36 mm breit) 8 Reichspfennig, außerhalb des Verbreitungsbezirkes 10 Reichspfennig, im Reklameteil (75 mm breit) 30 Reichspfennig. Bei Wiederholung Rabatt, der jedoch bei gerichtlicher Beitreibung und im Falle einer Geschäftsaufsicht oder eines Konkurses fortfällt. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird nicht gewährleistet. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 10 Uhr.

Nummer 22 | Erstes Blatt | Mittwoch, den 27. Januar 1932 | 103 Jahrgang

Kurze Tagesneuigkeiten

Dr. Göbbels wegen Zeugnisverweigerung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt

* **Berlin,** 27. Jan. Im Helldorf-Prozeß wurde Göbbels wegen Verweigerung seiner Aussage zu einer Ordnungsstrafe von 500 Mark und zur Tragung der entstandenen Kosten verurteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Aussageverweigerung ohne Gründe erfolgt sei und daher der Zeuge gemäß der Strafprozeßordnung in Strafe genommen werden müsse.

Die Staatspartei will den Pachtzins senken

* **Berlin,** 27. Januar. Die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft hat in einem Schreiben an den Reichskanzler zur Frage des Pachtzinses Stellung genommen und darum gebeten, daß im Rahmen des Preisabbauprogramms der Länderregierung auf alle in Betracht kommenden Stellen (Länderregierungen, Gemeinden, öffentliche Körperschaften, Verpächterverbände, landwirtschaftliche Organisationen u. dergl.) nachdrücklichst dahin eingewirkt werde, einen nennenswerten Abbau der landwirtschaftlichen Pachten durchzusetzen.

Hitler sprach vor dem Industrieklub in Düsseldorf

* **Düsseldorf,** 27. Januar. Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, hielt gestern im Industrieklub vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Industrie einen Vortrag. Da die Presse zu dieser Veranstaltung nicht zugelassen war, kann über den Inhalt der Ausführungen zunächst nichts gemeldet werden.

Französische Soldaten als Sowjetspione

* **Paris,** 26. Jan. Wie „Ami du Peuple" aus Metz meldet, sollen dort zwei Soldaten unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Sowjetrußlands verhaftet worden sein, die der kommunistischen Partei angehören. Die Soldaten sollen Fragebogen erhalten haben. Einer der Verhafteten, der dem ersten Luftschiffer-Bataillon angehört, sei in dem Augenblick überrascht worden, als er in einem solchen Fragebogen Antworten eintrug, nachdem er sich bei Kameraden technische Aufschlüsse hatte geben lassen.

Gasolintank explodiert

* **Moskau,** 27. Jan. In der Nähe von Nanking ereignete sich eine Explosion eines Gasolintanks mit 15 000 Litern Inhalt. Etwa 30 Personen wurden dabei getötet und verletzt. Es wird angenommen, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handelt.

Indische Mohammedaner überfallen Hindudörfer

* **Jammu** (Kaschmir), 26. Jan. Eine starke Truppenabteilung ist nach dem Rajouri Reasi-Bezirk abgesandt worden. Dort haben 12 000 bewaffnete Mohammedaner einige Hindudörfer überfallen, geplündert und in Brand gesteckt.

Flugzeugunfall des Rekordfliegers Stinson

* **Chikago,** 26. Jan. Der Rekordflieger und Flugzeugfabrikant Edward Stinson stürzte in der Nähe von Chikago mit seinem Flugzeug ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Drei Passagiere wurden ebenfalls schwer verletzt.

13 Personen mit Rattengift vergiftet

* **Newyork,** 27. Jan. In Fresno im Staate Kalifornien haben 13 Mexikaner, ohne es zu wissen, Kuchen gegessen, der Rattengift enthielt. Vier Kinder sind daraufhin an Thellium-Vergiftung gestorben. Man befürchtet, daß auch die erkrankten neun Erwachsenen nicht mit dem Leben davonkommen.

Ein mexikanischer Erzbischof im Militärflugzeug entführt

* **Berlin,** 26. Jan. Wie die „Vossische Ztg." meldet, ist der Erzbischof Jiminez von Guadalajara in Mexiko, wo der Kulturkampf wieder mit aller Heftigkeit entbrannt ist, plötzlich unter geheimnisvollen Umständen festgenommen und in einem Militärflugzeug mit unbekanntem Ziel entführt worden.

Ernst Friedberger gestorben

* **Berlin,** 26. Januar. Der Hygieniker und Immunitätsforscher, Professor Dr. Ernst Friedberger, ist gestern an den Folgen eines Fleckfiebers gestorben, das er sich als Korpshygieniker während des Krieges zugezogen hatte.

Prof. Friedberger war am 17. Mai 1875 zu Gießen geboren. Von 1901 bis 1908 war er Assistent am Hygienischen Institut der Universität Königsberg und kam von da als Leiter der Abteilung für experimentale Therapie an das Pharmakologische Institut der Universität Berlin. Ende 1914 wurde er als Ordinarius für Hygiene an die Universität Greifswald berufen. 1926 übertrug man ihm in Dahlem die Leitung des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Hygiene- und Immunitätsforschung, die er bis jetzt innegehabt hat. Professor Friedberger ist auch im Lübecker Prozeß als Sachverständiger tätig gewesen. Er gab sein Gutachten vom Krankenbett aus ab.

Der Kampf um die Todesstrafe

Lebhafte Auseinandersetzungen im Strafrechtsausschuß

* **Berlin,** 26. Jan. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages erledigte am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten D. Dr. Kahl (DVP.) zunächst die zurückgestellten Bestimmungen des Entwurfes über die Störung der Verkehrssicherheit, die in den §§ 230 und 231 enthalten sind. Der Ausschuß nahm diese beiden Paragraphen in etwas abgeänderter Form an.

Danach wird die Störung der Sicherheit des Eisenbahn-, Schiffs- oder Luftverkehrs, wenn dadurch eine Gefahr für Leib oder Leben in bedeutendem Umfange für fremdes Eigentum herbeigeführt wird, mit Zuchthaus bestraft, die Störung der Verkehrssicherheit auf Wegen mit Gefängnis. Neu eingeführt wurde ein § 231a, der eine Störung der Verkehrssicherheit durch pflichtwidrige Unterlassung mit Gefängnis bestraft, wenn die Unterlassung wissentlich erfolgt. In allen diesen Fällen wird auch der Versuch unter Strafe gestellt.

Der Ausschuß wollte dann zum 17. Abschnitt der Tötung übergehen. In Verbindung damit ist auch die Todesstrafe zu behandeln, die nach § 245 des Entwurfes als Sühne für den Mord wie im geltenden Recht vorgesehen ist. Da es sich hier um einen der meist umstrittetenen Abschnitte des Strafrechtsentwurfs handelt, so entspann sich zunächst eine längere Aussprache darüber, ob man in Abwesenheit der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten überhaupt in die Beratung eintreten solle.

Der Abgeordnete Jörissen (WP.) verlas eine Erklärung, nach der seine Fraktion die weitere Beteiligung an den Beratungen des Ausschusses ablehne; die Mehrheitsverhältnisse des Ausschusses seien durch den Auszug der Rechtsparteien völlig verschoben, jede Abstimmung in den weltanschaulich wichtigen Punkten im Ausschuß führe zu Ergebnissen, die den voraussichtlichen Resultaten im Plenum entgegengesetzt seien. Das sei unerträglich.

Darauf entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Vertreter des Reichsjustizministeriums Mitteilung über Kompromißverhandlungen unter den Parteien machte. Nach seiner Erklärung verließ Abg. Dr. Jörissen den Saal.

Nach längeren lebhaften Auseinandersetzungen trat der Ausschuß in die sachliche Beratung über das Strafrechtskapitel der Todesstrafe ein.

Abg. Geschke (Komm.) begründete den kommunistischen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Abg. Bell (Zentr.) erklärte: Bei den abscheulichstem Verbrechen des Mordes glauben wir zur Sicherung von Staat und Gesellschaft auf die Todesstrafe nicht verzichten zu dürfen. Von diesem Standpunkte abzusehen, haben wir auch im Hinblick auf die inzwischen zur Aburteilung gelangten Mordfälle keine Veranlassung.

Von Regierungsseite wurde ausgeführt, daß der Entwurf eine wesentliche Einschränkung der Todesstrafe enthalte, da er selbst bei Mord mildernde Umstände zuläßt. Die Verhandlungen des Ausschusses hätten gezeigt, daß praktisch in Deutschland keine Fälle der Vollstreckung einer unbegründeten Todesstrafe bekannt sind.

Abg. D. D. Kahl (DVP.) gab zur Todesstrafe folgende Erklärung ab: Zweimal habe ich den Antrag gestellt, die Todesstrafe durch „lebenslanges Zuchthaus" mit der Maßgabe zu ersetzen, daß „ein wegen Mordes zu lebenslanger Zuchthausstrafe Verurteilter im Falle einer Begnadigung in Sicherungsverwahrung zu überführen ist." Ich werde den Antrag in gegenwärtiger Lage nicht wieder aufnehmen, nicht etwa aus juristischen Bedenken. Man hat ihm entgegengehalten, daß er rechtswidrig in das Begnadigungsrecht eingreife. Das bestreite ich. Ich verzichte auf Wiedereinbringung aus Rücksichten der allgemeinen Zeitverhältnisse. Die Tötungsdelikte an sich haben sich vermehrt, ja stellen- und zeitweise sind sie zu einem regelrechten Mittel im politischen Kampf der Parteien ausgewachsen. Vor allem aber haben sich der Art nach so scheußliche Mordfälle ereignet, daß einzelne Länder, auch Preußen, dessen Justizchef zu den ausgesprochenen Gegnern gehört, der Anregung der Reichsregierung nicht nachfolgen konnten, sondern sich zur Vollstreckung der Todesstrafe entschließen mußten. Die gegenwärtige Zeitlage ist nicht günstig, ihre Abschaffung ins Auge zu fassen.

Abg. Dr. Marun (Soz.) beantragte Abschaffung der Todesstrafe. Es genüge die lebenslängliche Einschließung des sozialen Rechtssprechers. Die endgültige Entscheidung über die Todesstrafe werde von größter Bedeutung sein für die Stellung der Sozialdemokratie zum Strafgesetzentwurf im Ganzen.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Staatspartei) war der Ansicht, daß nach den eindrucksvollen Erklärungen des Vorsitzenden zur Todesstrafe eine ganz neue Lage geschaffen sei, und daß er angesichts dieser neuen Sachlage mit seiner Fraktion erst Rücksprache nehmen müsse.

Abg. Landsberg (Soz.) betonte, der Mord sei gewiß furchtbar, noch furchtbarer aber sei der Mord eines Unschuldigen durch die Staatsgewalt.

Da in der nächsten Woche der Rechtsausschuß über die Fürstenabfindung wichtige Beratungen abhalten soll, und die Mitglieder des Strafrechtsausschusses meist auch dem Rechtsausschuß angehören, so setzte man zunächst die Beratung über die Todesstrafe aus.

Der Strafrechtsausschuß wird am Mittwoch und in den folgenden Tagen die mit der Körperverletzung zusammenhängenden Strafbestimmungen behandeln.

Was geht in Memel vor?

Gerüchte über Umsturzpläne der Litauer

* **Memel,** 26. Jan. In Memeler politischen Kreisen verstärkt sich der Eindruck, daß der von litauischer Seite angedrohte Umsturz unmittelbar bevorsteht. Der litauische Gouverneur hat in Kowno ausgedehnte Besprechungen mit der litauischen Regierung gehabt, bei denen offenbar alle Einzelheiten des litauischen Planes, die memelländische Selbstverwaltung durch eine künstlich hervorgerufene Volkserhebung zu beseitigen, besprochen worden sind. Die litauischen Nationalisten machen im übrigen kein Hehl daraus, daß die augenblickliche politische Lage, wo alle Welt mit der Tributfrage und der Wirtschaftskrise beschäftigt ist, besonders günstig für die Verwirklichung ihrer Pläne ist. Allem Anschein nach wollen die Litauer nur noch den Abschluß der Genfer Ratstagung abwarten, um dann den gewaltsamen Sturz der Landesregierung und die angedrohte Vertreibung aller Deutschen in die Tat umzusetzen, was sicher nicht ohne Blutvergießen vor sich gehen wird. Da die Memeler Landesregierung mit den schwachen memelländischen Polizeikräften nicht in der Lage ist, einen ernsthaften litauischen Angriff, der nach dem Vorbild des Litauer Einfalls vom Januar 1923 zweifellos unter Hinzuziehung verkappter Militärformationen erfolgen wird, abzuwehren, so halten es führende Kreise des Memelgebiets für unumgänglich, daß sich der Völkerbundsrat anläßlich seiner jetzigen Tagung sofort mit den Vorgängen im Memelgebiet befaßt und die litauische Regierung unter Androhung von Zwangsmaßnahmen zur strikten Einhaltung des Memelabkommens auffordert. Auch die Reichsregierung wird ihren ganzen Einfluß aufbieten müssen, um die litauische Regierung von ihrem gefährlichen Memelabenteuer noch in letzter Stunde abzuhalten.

Der litauische Gouverneur Anton Merkys in Memel ist wegen seiner wachsenden Bedeutung in Litauen als größte Gefahr für das Memelland anzusehen. Trotzdem er scheinbar mit der Regierung in Kowno wenig zu tun hat und sich bei den letzten Umwälzungen innerpolitischer Natur (Zusammenbruch der Freundschaft Woldemaras-Smetona, Verhaftung Woldemaras) nicht um die Dinge kümmerte und gerne den „Nebenseitigen" spielt, weiß in Litauen jeder Politiker, daß die Regierung von Kowno, gleich auf wen sie sich stützt, mit ihm von Jahr zu Jahr mehr zu rechnen hat. Im Jahre 1923 fielen die Litauer in Memel ein, über dessen endgültiges Schicksal die Botschafterkonferenz in Paris beriet, die französischen Besatzungstruppen verhielten sich neutral, und die Botschafterkonferenz sanktionierte den Raub. Sollte heute Merkys irgendwelche Absichten unfriedlicher Natur hegen, dann würde er wegen seiner außerordentlich starken Position, die er sich zu verschaffen verstand, in Kowno viele Freunde finden.

Keine Besoldung für Ehrenämter

* **Berlin,** 26. Januar. Der preußische Innenminister Severing hat im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Finanzlage des preußischen Staates und der Gemeinden in einem Runderlaß an die zuständigen nachgeordneten Behörden angeordnet, daß auch bei den Entschädigungen eingespart werden müsse, die den kommunalen Ehrenbeamten für Zeitverluste und tatsächliche Unkosten gewährt werden. Es könne nicht zugelassen werden, daß Ehrenbeamte Entschädigungen erhalten, die der Besoldung entsprechender Berufsbeamten nahekommt. Man müsse auch die bisher als angemessen betrachteten Entschädigungen darauf prüfen, ob sie nicht auf Grund der Preisherabsetzungen gekürzt werden könnten.

Rückgängige Reichsbahneinnahmen

* **Berlin,** 26. Jan. Auf der Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die am 25. Januar in Berlin stattfand, wurde u. a. auch ein vorläufiger Ueberblick über die Einnahmeentwicklung im Jahre 1931 vorgelegt. Er ergibt eine Bruttoeinnahme von 3,842 Milliarden Mark, was einen Rückgang um fast 16 Prozent gegenüber den Ziffern des Jahres 1930 und um mehr als 28 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 ergibt. Hinzu kommt, daß die Einnahmen im Jahre 1932 sich noch ungünstiger entwickelt haben, als man ursprünglich erwartet hatte. Die Lage dieses größten deutschen Verkehrsunternehmens ist also überaus ernst. Wie sich die Ermäßigung der Gütertarife, die im Dezember durchgeführt worden ist, und die einen rechnerischen Einnahmeausfall von 300 Millionen Mark für das Jahr 1932 ergibt, auf die Verkehrsgestaltung auswirkt, darüber lassen sich vorläufig noch keine Angaben machen.

Bekanntlich hat die Reichsbahn den Versuch gemacht, den Weihnachtsreiseverkehr durch die Ausgabe von Sonntagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer zu beleben. Dies ist in vollem Umfange gelungen. Denn der Weihnachtsverkehr hat in einzelnen Bezirken trotz der schwierigen Wirtschaftslage den des Vorjahres noch übertroffen. Trotzdem hat die Reichsbahn wegen der Preisermäßigung um 33⅓ Prozent natürlich nicht entfernt die Einnahmen des Vorjahres aus dem Weihnachtsreiseverkehr erzielen können.

Ein Zeichen für das Vertrauen des Kapital anlegenden Publikums in die innere Gesundheit des Unternehmens Reichsbahn ist das Ergebnis der steuerfreien Reichsbahnanleihe, auf die bisher rund 243 Millionen Mark gezeichnet worden sind. Die Reichsbahn hat soweit möglich die Aufträge die mit dem Erlös dieser Anleihe finanziert werden sollen, schon herausgegeben. Bedauerlich bleibt nur, daß die Reichsbahnanleihe eine Einzelaktion mit dem Ziele der Minderung der Arbeitslosigkeit ist und daß die allgemeine Wirtschaftspolitik der Reichsregierung es zuläßt, daß diese Einzelmaßnahmen im Hinblick auf das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit ziemlich wirkungslos bleiben, weil kein organisches System in die deutsche Wirtschaftspolitik hineingebracht wird.

Reparationskonferenz am 30. Juni?

Die englisch-französische Unterredung in Paris

* **Paris,** 26. Jan. Zu der Unterredung des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Finanzministers mit dem englischen Botschafter Lord Tyrell berichtet der „Matin", Lord Tyrell habe Laval einen Textentwurf vorgelegt, der von dem englischen Schatzamtsdelegierten Leith-Roß ausgearbeitet worden sei. Dieser Entwurf lasse sich wie folgt zusammenfassen:

Die Vertreter Großbritanniens schlagen, nachdem sie kurz an die besonderen Umstände erinnert haben, die die Verschiebung der Lausanner Konferenz hervorgerufen hätten, den interessierten Regierungen vor, am 30. Juni mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen. Sie hofften, daß bis dahin die Währungs- und Wirtschaftslage sich genügend weiter entwickelt haben werde, um nützliche Verhandlungen zu erlauben.

Der Pariser Korrespondent der „Times" will wissen, daß die Auffassungen der beiden Regierungen etwas sich genähert hätten. Im Gegensatz hierzu meldet der französische Korrespondent des „Daily Telegraph" aus Paris, anscheinend hätten sich weder die französische noch die britische Regierung vom Fleck gerührt. Die britische Regierung bestehe nach wie vor auf einem absoluten Moratorium ohne Rücksicht auf die Haltung Amerikas. Anderseits betrachte die französische Regierung das Hoover-Moratorium als das äußerste Zugeständnis, das sie Deutschland machen könne. Die Zusammenkunft zwischen Laval und Macdonald werde schwerlich in dieser Woche stattfinden.

Auch Reuter berichtet, es scheine keine Aussicht zu bestehen, daß die geplante Zusammenkunft zwischen Macdonald und Laval noch in dieser Woche stattfindet.

Verhandlungen über die Bürgersteuer der Kurzarbeiter

Härten sollen beseitigt werden.

* **Berlin,** 26. Jan. Die Erhebung der Bürgersteuer führt in diesem Jahr besonders durch die hohen Zuschläge der Gemeinden und die Zugrundelegung des Einkommens des Jahres 1930 zu unerträglichen Härten. Besonders groß ist das Steuerunrecht bei den Kurzarbeitern. Sie verdienen oftmals weniger, als die Arbeitslosen Unterstützung erhalten. Während aber die Arbeitslosen von der Bürgersteuer befreit sind, müssen die Kurzarbeiter die vollen Sätze mit den hohen Gemeindezuschlägen bezahlen. Zur Milderung die-

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

ses Unrechts wird verlangt, daß die Bürgersteuer bei den Lohnsteuerpflichtigen nach dem Einkommen des Jahres 1932 erhoben wird. Das würde zur Folge haben, daß die Kurzarbeiter, ebenso wie alle übrigen Arbeitnehmer, deren Einkommen unterhalb der steuerfreien Lohngrenze liegen, nur den halben Bürgersteuersatz zu zahlen brauchen.

Wie wir erfahren, haben über diese Frage in der vergangenen Woche im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit sämtlichen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden stattgefunden, an denen auch die politischen Parteien beteiligt waren. Für das Zentrum nahm der Abgeordnete Erfing, für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Hertz an den Besprechungen teil. Es halte sich also eine einmütige Front der Gewerkschaften aller Richtungen und der ihnen nahestehenden politischen Parteien gebildet, deren Wünschen das Reichsfinanzministerium wohl Rechnung tragen dürfte. Eine Entscheidung ist allerdings bisher nicht getroffen worden. Sie ist dem Reichsfinanzminister Dietrich persönlich vorbehalten worden, mit dessen positiver Stellungnahme zu den Forderungen die Gewerkschaften rechnen.

Zum 27. Januar

Heute feiert der in der Verbannung lebende ehemalige deutsche Kaiser seinen 74. Geburtstag. In den letzten Jahren ist es um seine Persönlichkeit stiller geworden. Die wüsten Schmähungen der Linken in den ersten Jahren nach dem Umsturz haben von ihrem Kurswert eingebüßt und bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes einer ruhigen geschichtlichen Auffassung Platz gemacht. Die Entwicklung der letzten Jahre läßt gerade an diesem Tage den Blick rückwärts wenden auf Deutschlands große Vergangenheit und Vergleiche anstellen mit der heutigen Zeit der bittersten Not und Erniedrigung. Möge diese Erinnerung dazu beitragen, daß die Deutschen sich endlich wieder zusammenfinden, um ihren Selbsterhaltungswillen nach außen zu bekunden, ohne den ein Wiederaufstieg niemals möglich ist.

Grenzfragen zwischen den Konfessionen

Hauptversammlung des Paritätischen Ausschusses

* **Berlin,** 27. Jan. Der „Paritätische Ausgleichsausschuß", eine vom Kirchenpräsidenten Dr. Bähr-Kassel und von dem Reichstagsabgeordneten Joos geleitete evangelisch-katholische Arbeitsgemeinschaft, die ohne kirchliche und parteipolitische Bindung bei Grenz- und Streitfragen zwischen den beiden christlichen Bekenntnissen als ausgleichende Stelle dienen will, hielt seine Hauptversammlung in Berlin. Die eingehenden Beratungen galten u. a. der Paritätsfrage, die an Hand von Referaten von Universitätsprofessor D. Mulert-Kiel, Amtsgerichtsrat Dr. Lohmann-Weilburg, Reichsminister a. D. Dr. Bell, M. d. R., Berlin, erörtert wurden. Hier sollen zunächst die für die weitere Behandlung notwendigen objektiven Unterlagen beschafft werden. Auch bei Erledigung aktueller Fragen des Schulwesens wurden gemeinsame Schritte verabredet.

Die Siedlungsfrage wurde im Beisein von Vertretern des evangelischen und katholischen Siedlungsdienstes behandelt.

Gegenüber der Freidenker- und Gottlosenbewegung wurde die Notwendigkeit engster gegenseitiger Fühlung aller positiven christlichen Kräfte betont. — Zur Geburtenfrage wurde eine Entschließung angenommen, worin der Ausschuß u. a. fordert, daß in der Gesetzgebung Strafbestimmungen gegen Abtreibung aufrechterhalten bleiben, daß die soziale und eugenische Indikation als Strafausschließungsgrund nicht in die Gesetzgebung aufgenommen werden, und daß der öffentliche Vertrieb und die öffentliche Anpreisung von Verhütungsmitteln verboten bleiben.

Englisches U-Boot mit 40 Mann Besatzung gesunken

* **London,** 27. Jan. Die englische Admiralität teilt mit, daß das U-Boot M 2 am Dienstag morgen etwa 5 Meilen von Portland bei Tauchübungen gesunken ist. Torpedoboote und U-Boote eilten herbei, um die Unglücksstelle abzusuchen. Weiterhin alarmierte der Chef der Marinestation in Portsmouth die dortigen Minensuchboote, die aber bisher noch nichts entdecken konnten, obwohl das Wasser an der Unglücksstelle nur etwa 32 m tief ist. An Bord des U-Bootes befanden sich etwa 40 Mann. Das letzte drahtlose Signal des U-Bootes wurde kurz nach 10 Uhr gehört. Die Boote der M-Klasse wurden kurz nach dem Kriege in Bauangriff genommen und waren mit einem schweren 30,5 cm Geschütz armiert, mit dem man bis zur belgischen Küste schießen konnte. Die Konstruktion dieser U-Boote hat nie recht befriedigt, schon früher hat die englische Marine mit dieser Klasse schlimme Erfahrungen gemacht.

Wie die Admiralität mitteilt, hat man von dem U-Boot noch nichts entdecken können. Das Boot ist 1920 vom Stapel gelaufen und ein Schwesterschiff des Bootes, das 1925 im Aermelkanal unterging, wobei 68 Personen ums Leben kamen. Man nimmt an, daß sich eine gleichstarke Besatzung an Bord des M 2 befindet.

Die Plädoyers im Calmette-Prozeß

* **Lübeck,** 26. Jan. Die heutige Sitzung im Lübecker Tuberkulose-Prozeß findet wieder vor einem außerordentlich großen Zuhörerkreis statt. Im Mittelpunkt der heutigen Verhandlung steht das Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Hoffmann, der den Angeklagten Medizinalrat Dr. Altstädt verteidigt.

Vor Beginn der Verhandlung gibt Oberstaatsanwalt Dr. Linau eine Erklärung ab, die sich auf die Darlegungen eines Lübecker Blattes bezieht, in dem eine Zuschrift aus ärztlichen Kreisen veröffentlicht worden war, die an den Ausführungen des Staatsanwalts Freiherrn von Beust Kritik übte. Oberstaatsanwalt Linau weist darauf hin, daß Staatsanwalt von Beust diese Ausführungen in Erfüllung seiner ernsten Pflicht getan habe. In diesem Sinne sei es auch seine Pflicht gewesen, Kritik an den Handlungen des Angeklagten Dr. Altstädt zu üben.

R.-A. Dr. Hoffmann wendet sich zu Beginn seines Plädoyers gegen die Ausführungen der Staatsanwaltschaft, der er den Vorwurf mangelnder Objektivität macht. Der Verteidiger zitiert eine ganze Reihe von Zuschriften, die ihm nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes von Beust aus der Bevölkerung, vom Aerzteverein Lübeck, aus Hamburg usw. zugegangen seien und in denen gegen den Vorwurf des Staatsanwaltes, Dr. Altstädt sei ein 100prozentiger Theoretiker und ihn hätten ehrgeizige Motive geleitet, Stellung genommen wird. Dr. Altstädt wird darin durchweg als erfahrener Arzt und als ein Mensch geschildert, dem man keine persönlichen Gründe zuschieben könne, und der sicherlich das Beste gewollt habe. Der Verteidiger geht dann ausführlich auf die Verhandlungen ein, die sich vor der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck, in Deutschland und außerhalb Deutschlands mit diesem Verfahren beschäftigten.

Dann behandelte Rechtsanwalt Dr. Schuhmacher als zweiter Verteidiger Dr. Altstädts die rechtliche Seite der Anklage. Er wies darauf hin, daß die Möglichkeit einen Tötungserfolg vorauszusagen, noch nicht genüge, um die Anklage auf Fahrlässigkeit zu rechtfertigen.

Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

Die Ermordung der Zarenfamilie

Neue Darstellung eines Russen

* **Paris,** 26. Jan. Der Russe Agabekow, der jetzt in Brüssel lebt und früher in den Diensten der Sowjets stand, hat dem Vertreter des „Petit Midi" interessante Mitteilungen über das Ende der letzten Zarenfamilie gemacht. Er war nach seinen Angaben in Jekaterinenburg, als der Zar, seine Frau, sein Sohn, seine vier Töchter und die Mitglieder seines Gefolges dorthin kamen und getötet wurden. Auf die Frage nach dem Grund dieses Mordes erklärte Agabekow, er sei aus Angst begangen worden, denn es sei damals die Nachricht eingetroffen, daß die weißrussische Armee unter Koltschak nicht weit von Jekaterinburg stehe. Die Sowjets in Jekaterinburg hätten versucht, sich mit den Zentralsowjets telephonisch in Verbindung zu setzen, um Aufklärung zu erhalten, aber die Verbindungen seien unterbrochen und die Stadt völlig abgeschnitten gewesen. Deshalb sei in aller Stille ein Rat zusammenberufen worden, der beschlossen habe, die kaiserliche Familie zu töten. Auf die Frage, ob die Großfürstin Anastasia ebenfalls getötet worden sei, antwortete Agabekow nach einigem Stillschweigen, er gebe sein Ehrenwort, daß die Großfürstin getötet worden sei. Sie hätte gar nicht entrinnen können, da das Haus von Soldaten besetzt war. Die kaiserliche Familie sei in ein Zimmer gebracht und dort mit Revolvern erschossen worden. Die Leichen seien nicht, wie man sage, verbrannt, sondern in die Schächte eines seit 200 Jahren nicht mehr bewirtschafteten Bergwerks geworfen worden.

Aufstandsbewegung in Spanien gescheitert

* **Madrid,** 26. Januar. Regierung und Presse vertreten im allgemeinen die Ansicht, daß die Aufstandsbewegung der Radikalen, die nach dem Willen ihrer Urheber gestern ihren Höhepunkt erreichen sollte, als gescheitert angesehen werden könne. Nachrichten besagen, daß in ganz Spanien Ruhe herrsche. Die Regierung habe beschlossen, um jede Gewaltanwendung zu verhüten, die Militärbefehlshaber anzuweisen, stets vollkommen kampffähig ausgerüstete, mit Artillerie und Maschinengewehren versehene Truppen zur Verfügung der Regierung zu halten, um jeden Versuch der Störung der Ordnung zu unterdrücken.

Uebersiedlung der spanischen Jesuiten nach Belgien

* **Berlin,** 27. Jan. Die Zentrale des spanischen Jesuitenordens in San Ignacio de Loyola ist seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich nach einer Meldung Berliner Blätter aus San Sebastian geschlossen zur Abreise nach Belgien vorbereitet.

*

Es ist nicht das erstemal, daß die Gesellschaft Jesu in Spanien unterdrückt wird. Schon früher einmal wurde der Jesuitenorden in Spanien verfolgt. König Karl III. hat die Jesuiten im Jahre 1767 aus dem Lande verbannt. Hiermit wurde für die spätere Zeit ein Präzedenzfall geschaffen. So wurden die Jesuiten im Jahre 1820 aus Rußland, und 1901 aus Frankreich ausgewiesen. Die Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland erfolgte 1872 durch das Reichsgesetz vom 4. Juli, das als Jesuitengesetz bezeichnet zu werden pflegt. Zweiunddreißig Jahre später wurden die Jesuiten in Deutschland als Privatpersonen zugelassen. 1917 wurden schließlich sämtliche Einschränkungen gegen die Gesellschaft Jesu aufgehoben.

jetzt 90 u. 45 Pf. Hier wirkt Wybert
Es macht unempfindlicher gegen Erkältung!

Stadtverordnetensitzung in Gevelsberg

Gevelsberg, 27. Januar.

pn. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Rappold fand gestern im Sitzungssaale des Rathauses eine Stadtverordnetensitzung statt. Die Tagesordnung selbst wies nur drei Punkte auf. Doch die Kommunisten sorgten dafür, daß die Sitzung genügend Beratungsstoff bekam, indem sie noch einige Anträge eingereicht hatten, die zum Schluß der öffentlichen Sitzung zur Beratung kamen. Betreffend Aenderung in der Zusammensetzung des Krankenhausausschusses führte der Vorsitzende aus, daß bei Abschluß des Vertrages bei der Uebernahme des Krankenhauses von der evang. Kirchengemeinde festgesetzt war, daß der Krankenhausausschuß aus einem Vorsitzenden, sechs Stadtverordneten, zwei Mitgliedern der Kirchengemeinde, dem leitenden Arzt und dem leitenden Verwaltungsbeamten bestehen sollte, die alle ein Stimmrecht hatten. Die Verwaltung schlage eine neue Zusammensetzung wie folgt vor: ein Vorsitzender, sechs Stadtverordnete, zwei Mitglieder der evang. Kirchengemeinde, und mit beratender Stimme der leitende Arzt und je ein Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Betriebskrankenkasse. Stadtv. Müllmann machte darauf aufmerksam, daß in dem Anstellungsvertrag mit Dr. Bauer besonders hervorgehoben sei, daß er im Krankenhausausschuß ein Stimmrecht habe. Bürgermeister Rappold erwiderte, daß dieser Vertrag durch Anordnung des Regierungspräsidenten aufgehoben werde. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage mit 17 Stimmen. Zustimmung fand auch der Verkauf des Grundstückes in der Jahnstraße in Größe von 630 qm zu je 6 RM. an den Tiefbauunternehmer Ewald Söhn in Schwelm. Bezüglich der Rückgabe von Goldkommunalverschreibungen an die Norddeutsche Grundkreditbank in Weimar erklärte der Vorsitzende, daß über diesen Punkt nicht beraten werden könne, da die Angelegenheit noch nicht soweit gediehen sei. Die Stadt habe im Jahre 1927 von vorgenannter Bank ein Darlehn von 700 000 RM. aufgenommen. Von diesem Betrag wurden 400 000 RM. in Goldkommunalverschreibungen und 300 000 RM. in bar gezahlt. Die Verwaltung war bemüht gewesen, diese Goldkommunalverschreibungen günstig zu verkaufen. Dies ist nur für einen kleinen Teil gelückt. Für einen kurzfristigen Kredit bei der Landesbank wurden 236 000 RM. Goldkommunalverschreibungen als Sicherheit der Landesbank übergeben. Die Norddeutsche Grundkreditbank hat sich nunmehr bereit erklärt, diese Stücke zum vollen Nennwert zurückzunehmen, wodurch die Stadt 118 000 RM. einspart. Man habe versucht, die der Landesbank übergebenen Stücke zurückzuerhalten. Leider erfolglos. Die Stadt hat sich bereit erklärt, andere erstklassige Sicherheiten zu übereignen, doch die Landesbank lehne alles ab und wolle nur bares Geld haben. Es schweben nunmehr wegen einer Anleihe Verhandlungen, die wohl in allernächster Zeit zum Abschluß gelangen. Dann soll der kurzfristige Kredit bei der Landesbank abgelöst und die Goldkommunalverschreibungen an das Weimarer Bankhaus zurückgegeben werden. Es kamen dann die Anträge der Kommunisten zur Sprache. Der erste Antrag lautete dahin, die ab 1. Februar in Kraft tretenden Richtsätze in der Fürsorge nicht für Gevelsberg anzuwenden, sondern es beim alten zu belassen. Der Bürgermeister machte darauf aufmerksam, daß dieser Antrag nicht zur Abstimmung gelangen könne, da die Stadtverordnetensitzung nicht das Recht habe, Beschlüsse einer übergeordneten Behörde aufzuheben. Die neuen Richtlinien hätten auch nicht den Beifall der Verwaltung gefunden. Aber große Aenderungen für die Fürsorgeberechtigten würden nicht eintreten. In der Hauptsache sei eine Spaltung in der Barleistung und den Nebenleistungen eingetreten. Es trat eine längere Debatte über die Richtlinien ein, ohne an der Sache selbst etwas zu ändern. Der Bürgermeister gab das Versprechen ab, die neuen Richtlinien wohlwollend auszulegen und Härten nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Kommunisten verlangten dann weiter, daß keine Ermittlerungen aus den städtischen Wohnungen stattfinden. Wie der Bürgermeister feststellen konnte, sind bisher noch keine Ermittlerungen vorgenommen worden. Die Mietrückstände in den städtischen Wohnungen hätten am 1. April 1931 17 406 RM. und in der Zeit vom 1. 4. bis 31. 12. 31 18 912 RM. betragen. Dazu kommen noch 20 000 RM. Kosten für Obdachlose bezw. Zahlungen für diejenigen, die nicht die Miete zahlen konnten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der nächste Antrag lautete dahin, allen Kurzarbeitern die Bürgersteuer zu erlassen. In dieser Sache ist die Verwaltung an die Gesetzgebung des Reiches gebunden. Es soll in diesem Jahr nach Möglichkeit so vorgegangen werden, daß die Kurzarbeiter, die nicht soviel verdienen wie die Unterstützungsempfänger erhalten, von der Bürgersteuer befreit werden. Ein weiterer Antrag betraf die Kartoffellieferung des Wohlfahrtsamtes. Durch die letzte Verfügung des Wohlfahrtsamtes, daß die Kartoffeln gleichmäßig mit 2,80 RM. berechnet werden sollen, ist dieser Antrag hinfällig geworden. Die Aufhebung des Versammlungsverbotes war der nächste Antrag der KPD. Wie der Bürgermeister hierzu erklärte, denke er nicht eher daran, bis die Schmiererei an Häusern und Wänden aufhöre. Es entspann sich eine längere Aussprache zwischen KPD. und SPD., die aber zu nichts führte. Stadtv. Husmann wollte dann noch eine Senkung der städtischen Tarife. Bürgermeister Rappold führte hierzu aus, daß man sich im Verwaltungsrat schon mit dieser Frage beschäftigt habe. Die Einsparungen an Gehalt und Lohn komme nicht den Werken zugute, da diese die Gelder an die Stadtkasse abliefern müssen. Man wolle versuchen, vom Kreiswerk eine Preisermäßigung zu erhalten. Erfreulicherweise seien die Preise für Lebensmittel gesenkt worden, was besonders auch von den Beamten angestrebt wurde. Man rede immer von den hohen Gehältern der Beamten. Das sei nicht der Fall. Es gebe Angestellte, die ein Einkommen hätten, die unter den Fürsorgesätzen lägen. In der städtischen Verwaltung seien in der Zeit vom 1. 10. 27 bis 1. 1. 32 131 580 RM. brutto an Gehalt eingespart worden. Die Gehälter lägen unter dem Stand vom 1. April 1927. Die Beamtengehälter hätten gegenüber dem 1. 4. 27 bis 1. 1. 32 eine Senkung von 36,15 Prozent erfahren. Die Bruttogehälter betrugen am 1. 1. 27 insgesamt 1 008 318 RM., am 1. 1. 32 dagegen 753 636 RM. Stadtv. Husmann wies noch auf die Sparverfügung der Verwaltung hin und bat, diese nicht auf die Lehrmittel in der Schule auszudehnen, was vom Bürgermeister versprochen wurde. Stadtv. Happ richtete nochmals einen Appell an den Bürgermeister, unter allen Umständen eine Senkung der städtischen Tarife vorzunehmen. Die Einsparungen in Höhe von 24 000 RM. sollten restlos den Verbrauchern zukommen. In der Preissenkung müsse die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Der Bürgermeister versprach, die Frage der Preissenkung in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses nochmals zur Beratung zu stellen. Stadtv. Hallmann beantragte zum Schluß der Sitzung, die Verwaltung möchte eine genaue Aufstellung über die Gehälter der städtischen Beamten aufstellen und den Stadtverordneten zur Verfügung stellen. Dieser Antrag fand Zustimmung der Mehrheit.



Oesterreichische Gäste in Berlin

Der Präsident des Oesterreichischen Kammertages, Bundeskanzler a. D. Streeruwitz (rechts) und der frühere Präsident des Kammertages, Fritz Tilgner (links), sind in Berlin eingetroffen, wo sie Gäste des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sind.

Verschärfte Lage in China

Japanische Kriegsschiffe ausgelaufen

* **Tokio,** 26. Jan. Mehrere japanische Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sich nach China zu begeben. Man vermutet, daß ihr Bestimmungsort Schanghai ist.

* **Schanghai,** 26. Januar. Die Lage in Schanghai ist ruhig, aber gespannt. Chinesische Truppen haben sich im Weichbild der Stadt verschanzt.

Schwere Zwischenfälle in Charbin

* **Tokio,** 26. Januar. Der Kommandant des Bahnschutzes der Ostchinesischen Eisenbahn ließ seine Truppen in das Chinesenviertel von Charbin eindringen. Dreißig chinesische Polizisten und zwanzig Zivilpersonen sollen getötet worden sein. Außerdem sollen die Truppen den ganzen Stadtteil geplündert haben. Das Vorgehen des Kommandanten entspringt anscheinend der Verärgerung darüber, daß sich die örtlichen chinesischen Truppenbefehlshaber über seinen Kopf hinweg mit dem Gouverneur der Provinz Kirin verständigt haben.

Der ratlose Völkerbund

Zögernde Haltung im chinesisch-japanischen Konflikt

* **Genf,** 26. Jan. Im Anschluß an die öffentliche Sitzung des Rates traten die Mitglieder zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, um zu der Lage dieser Besprechung nahmen die Vertreter Japans und Chinas nicht teil. In Kreisen des Völkerbundsrates hält man es für wenig wahrscheinlich, daß der Rat jetzt über seine früheren Beschlüsse hinausgehen wird, obwohl sich niemand des Eindrucks verschließt, daß sich die Lage im Fernen Osten seit der Pariser Tagung des Rates außerordentlich verschlimmert hat. Die chinesischen Vertreter zeigen sich sehr bedrückt. Auf chinesischer Seite vertritt man die Auffassung, daß es Sache des Rates sei, nachdem Artikel 11 der Satzung sich als unzulänglich für die Behandlung des Konflikts erwiesen habe, weitere Maßnahmen auf Grund der anderen Artikel des Paktes zu ergreifen. Dafür scheint aber der Völkerbundsrat keine Neigung zu zeigen.

* **Genf,** 26. Jan. In einer vertraulichen Unterredung zwischen dem Ratspräsidenten, dem japanischen Botschafter und dem chinesischen Gesandten, die am Dienstag abend stattfand, wurde versucht, eine Einigung zwischen Japan und China über die Maßnahmen des Völkerbundsrates herbeizuführen. In diplomatischen Kreisen wird erwogen, die japanische und chinesische Regierung telegraphisch zu ersuchen, angesichts der bedrohlichen Lage in Schanghai alle Maßnahmen zu unterlassen, die den Streit weiter verschärfen könnten.

Die Unglücksstrecke auf Karsten-Zentrum wird zugemauert

* **Benthen,** 27. Januar. Auf der Karsten-Zentrum-Grube, in der die Rettungsmannschaft fast drei Wochen lang mit dem Gestein kämpfte, erklangen in der Nacht zum Sonntag zum letzten Male Spitzhacke, Axt und Säge. Stempel um Stempel stellten sich quer über die Strecke. Von Stunde zu Stunde wurde der Durchblick zu dem etwa drei Meter entfernten Anfang des Einbruches kleiner. Gegen Morgengrauen wurde der letzte Stempel eingesetzt. Das große Grab, hinter dem die Bergknappen Erber, Mar und Kfienfik liegen, hatte sich geschlossen. Später wird man die Unglücksstrecke zumauern, einen Kranz und eine Gedenktafel anbringen, wenn es der Druck des Gesteins zuläßt.

Der Mörder des Gymnasiasten Norkus ermittelt

* **Berlin,** 27. Jan. Die Nachforschungen der Berliner politischen Polizei nach dem Mörder des 16jährigen Gymnasiasten Herbert Norkus, der am Sonntag vormittag in Moabit auf offener Straße bei einem kommunistischen Ueberfall erstochen wurde, sind am Dienstag nachmittag zu einem Ergebnis gelangt. Nach den Feststellungen der Polizei kommt als Mörder des jungen Gymnasiasten ein 22 Jahre alter Arbeiter Harry Tack aus Moabit in Betracht. Tack ist eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei und Anführer einer Bande, die in dem Stadtteil bereits mehrere Ueberfälle auf politisch Andersdenkende verübt hat. Er ist seit dem Ueberfall am Sonntag aus seiner Wohnung verschwunden und wird jetzt von der politischen Polizei gesucht. Man vermutet, daß er sich noch in Berlin aufhält.

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Aus Stadt und Kreis

Der Zusammenbruch der verarbeitenden Industrie

Die verarbeitende Industrie lebt in einem Zusammenbruchszustand, der zu den größten Befürchtungen Anlaß geben muß.

Im Bereich des märkischen Arbeitgeber-Verbandes in Hagen i. W., d. h. in einem ausgesprochenen Sitz der verarbeitenden Industrie, ist gesunken die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 42 500 im Jahre 1920-21 auf 15 299 am 1. Oktober 1931; unter Berücksichtigung der Kurzarbeit ergab sich schon vor der eigentlichen Winterarbeitslosigkeit eine tatsächliche Beschäftigung von nur noch rund 13 000 Arbeitern; es war also eine Einschränkung von 63,5 Prozent vorhanden. **Im Remscheider Bezirk** ging die Zahl der Beschäftigten von 18 199 am 1. Januar 1921 auf 11 080 am 1. Dezember 1931 zurück; hier besteht also ein Rückgang von über 53 Prozent; in der Werkzeugindustrie des Remscheider Bezirks ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 63,4 Prozent zurück. **In der Solinger Gegend** betrug die Einschränkung in der Zahl der Beschäftigten von 1924 bis 1930 60,5 Prozent. Der zurückgegangenen Zahl der Arbeiter entspricht ein Rückgang in der Zahl der Unternehmungen. Beim märkischen Arbeitgeber-Verband ist die Zahl der Mitglieder zurückgegangen von rund 300 im Jahre 1924 auf rund 165 jetzt im Bezirk der Handelskammer Hagen mußten von Anfang 1930 bis zum November 1931 115 Konkurse und 112 Vergleichsverfahren eingeleitet werden; im Handelskammerbezirk Remscheid-Lennep betrug seit 1924 bis zum Winter 1931 die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren nicht weniger als 458. In allen Fällen hat der Zusammenbruchsprozeß letzthin weitere Fortschritte gemacht.

In dieser Situation hat vor allem geführt die übermäßige öffentliche Belastung. In der Stadt **Schwelm** z. B., einem sehr wichtigen Sitz der verarbeitenden Industrie, ist die Gesamtsteuerbelastung gestiegen von 266 786 Mark im Jahre 1913 auf 1,26 Mill. M. im Jahre 1929 und auf rund 1,47 Mill. M. im Jahre 1930; da diese Jahre vor der Krise liegen, kann die Steigerung mit der Krise nicht begründet werden. Die Belastung mit Steuern macht je Kopf der Beschäftigten das 5- bis 6fache des Friedensbetrages aus; ein großer verarbeitender Betrieb mußte im Jahre 1913 je Kopf des Beschäftigten an Steuern insgesamt 52,25 Mark bezahlen, im Jahre 1930 dagegen 283 M. und im Jahre 1931 sogar 358,93 M.; in einem ähnlichen Betrieb stieg die Belastung von 73,20 M. auf 361,56 M.; selbst Betriebe, die vorwiegend mit jugendlichen Kräften oder Frauen arbeiten bezw. mit Verlust abgeschnitten haben, müssen noch Steuern von 200 bis 250 M. je Kopf tragen. Aehnlich war die Steigerung auf dem Gebiete der sozialen Abgaben; hier ergaben sich Erhöhungen von 30,83 M. je Kopf im Jahre 1913 auf 140,66 M. im Jahre 1930 bezw. auf 220,86 M. im Jahre 1931. **Unter dieser Belastung leidet auch die Arbeiterschaft selber;** ein Arbeiter, der im Jahre 1913 3 Prozent seines Bruttolohnes für Steuern und soziale Abgaben entrichten mußte, muß jetzt 12 bis 13 Prozent bezahlen. Bei Frachten sind ähnliche Steigerungen zu verzeichnen; so z. B. sind die Gleisanschlußkosten gestiegen um das Dreifache, teilweise aber auch um das Fünffache. Gerade bei der verarbeitenden Industrie macht sich der Lohnanteil besonders stark bemerkbar; bei Gesenkschmieden, Edelstahlwerken usw. beträgt er 20 Prozent; in Fabriken für Werkzeuge, Haushaltungsmaschinen usw. steigt er bis auf 35 bis 40 Prozent vom Erlös des fertigen Erzeugnisses. Nicht zuletzt die Heraufsetzung und Starrmachung des Lohnanteils durch die staatlichen Zwangsschiedssprüche macht jegliche Anpassung an die jeweilige Konjunktur unmöglich; neben den Zollabschnürungstendenzen des Auslandes und neben der enormen Zinsbelastung, die die Finanzierung des Ausfuhrgeschäftes wesentlich erschwert, verursachte hauptsächlich die Lohnhöhe einen Rückgang der Ausfuhr. **Eine ungeahnte Verschärfung der Lage ist eingetreten durch die Auswirkungen der letzten Notverordnung.** Die Erhöhung der Umsatzsteuer würde schon für normale Zeiten eine Belastung von 15 bis 23 Prozent des Verdienstes ausmachen; jetzt ist sie — auch wegen der Unabwälzbarkeit — völlig untragbar. Infolge der Erwartungen auf weiteren Preisabbau ist eine solche Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen eingetreten, daß z. B. in Württemberg der Umsatz teilweise bis zu 40 Prozent rückläufig ist.

Schon dieser Teilausschnitt zeigt, daß die vielen und überspitzten Eingriffe der öffentlichen Hand auf die Dauer von keiner Wirtschaft ertragen werden können.

Noch immer Umgemeindungsschwierigkeiten

Personalklagen vor dem Arbeitsgericht.

Aus der im Jahre 1929 erfolgten großen Umgemeindung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind noch längst nicht alle Differenzpunkte bereinigt. Besonders die Personalfragen verursachen mancherorts Kopfzerbrechen. So schweben zurzeit am Arbeitsgericht Hagen Klagen von 14 Dauerangestellten, über die gestern — am Dienstag — verhandelt wurde. Diesen 14 beim Ennepe-Ruhr-Kreis beschäftigten Dauerangestellten ist gekündigt worden. Sie sollen am 29. Februar auf Grund einer der letzten Notverordnungen entlassen werden. Bei Auflösung des Kreises Hattingen fielen etwa 38 Prozent des Kreisgebietes an die Stadt Bochum, während der übrige Teil dem Ennepe-Ruhr-Kreis zugeteilt wurde. In diesem Verhältnis ist auch die vermögensrechtliche Auseinandersetzung erfolgt. Als Rechtsnachfolger des Kreises Hattingen hatte der Ennepe-Ruhr-Kreis das gesamte Personal zu übernehmen, was dieser in der Form tat, daß er die Gehaltszahlungen für das eigentlich an die Stadt Bochum entfallende Personal etatsmäßig in Form von Vorschüssen leistete. Für die planmäßigen Beamten hat das im Umgemeindungsgesetz vorgesehene Schiedsgericht eine Regelung in der gleichen Weise gefunden, wie bei der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung. Die Stadt Bochum mußte also 38 Prozent der Beamten, bezw. deren Besoldung übernehmen, während nach Auffassung des Schiedsgerichts eine Uebernahme von Dauerangestellten nicht vorgeschrieben werden konnte. Was den Kostenersatz durch die Stadt Bochum an den Ennepe-Ruhr-Kreis für die zurückliegende Zeit anbetrifft, so ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Für die Folgezeit sucht man den Schwierigkeiten dadurch aus dem Wege zu gehen, daß den vom Kreis Hattingen übernommenen Dauerangestellten auf Grund der Notverordnung zum 29. Februar gekündigt wurde. Solcher Art Kündigungen sind an sich zwar möglich, doch dürfen sie nur erfolgen, wenn sie zur Entlastung der Gemeindefinanzen führen. Die Angestellten, welche durch ihre Fachverbände Feststellungsklage über die Zulässigkeit ihrer Kündigung am Arbeitsgericht erheben ließen, vertreten die Auffassung, daß ihnen nur aus einem nichtigen, in ihrer Person liegenden Grunde gekündigt werden könne und daß ein solcher wichtiger Grund und die Voraussetzungen der Notverordnung in diesem Falle vorliegen. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts gab dem beklagten Kreisausschuß auf, zunächst einmal schriftlich den Nachweis zu führen, ob und in welchem Umfange Ersparnisse durch die Entlassung der Dauerangestellten zu erzielen sind und welche Angestellten im einzelnen zur Entlassung kommen sollen. Gleichzeitig regte er an, daß sich die Parteien zunächst über die Zeit nach dem 29. Februar verständigen. Die von der Kündigung betroffenen Angestellten werden den Anweisungen ihrer Verbände Folge leisten und ihre Dienste anbieten, um etwaigen Rechtsansprüchen nicht verlustig zu gehen.

Da es sich bei der zur Entscheidung stehenden Klage um die erste ihrer Art handelt, darf man auf den Ausgang des Verfahrens gespannt sein.

Kreisausschußsitzung am 25. Januar 1932

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende einen Beschluß des Regierungspräsidenten bezüglich der Kreisumlage zur Kenntnis: Auf Grund des zweiten Teils Kapitel IX § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 hat der Regierungspräsident als Staatsaufsichtsbehörde den Beschluß gefaßt, daß für das Rechnungsjahr 1931 im Ennepe-Ruhr-Kreis folgende Kreisumlage zur Erhebung gelangt:

1. 70,1% der Ueberweisungssteuern und des halben Aufkommens der einfachen Bürgersteuer,
2. 155,1% der Realsteuern.

Bisher sind an Kreisumlage für 1931 erhoben worden 2 792 293,38 RM. Der dieser Umlage zugrunde liegende Hundertsatz beträgt

1. 65% der Ueberweisungssteuern und des halben Aufkommens der einfachen Bürgersteuer,
2. 150% der Realsteuern.

In Ausführung des genannten Beschlusses der Aufsichtsbehörde ist die Kreisumlage um 148 109,59 RM. erhöht worden und beträgt nunmehr 2 940 402,97 RM. Die Erhöhung der Umlage ist zur Deckung der Provinzialnachtragsumlage, deren Aufbringung der Kreisausschuß bekanntlich in seiner Sitzung vom 24. November 1931 abgelehnt hatte, erfolgt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde wieder eine ganze Reihe von Beschlußsachen, und zwar vorwiegend Steuer- und Konzessionssachen, erledigt. Ferner stellte der Kreisausschuß als Ersatzmann für den zurückgetretenen Kreistagsabgeordneten Degenhardt den Postmeister Endres, Wetter, fest.

Skiklub Sauerland und Reichsbahn

Ausgerechnet das 25. Jubiläumsjahr des Skiklubs Sauerland bringt dem Verein Schneeverhältnisse, wie sie ungünstiger garnicht gedacht werden können. Der ganze Januar ist bisher für den Wintersport im Sauerland ausgefallen. Leider muß man sogar noch mit der Fortdauer der Unbeständigkeit rechnen. Angesichts dieser Lage ist auch kaum ein größerer Verkehr mit Wintersportzügen in diesem Jahre zu erwarten. Der Vorstand des Skiklubs Sauerland hat es daher für nötig erachtet, an die Reichsbahndirektionen Wuppertal, Essen und Kassel einen Antrag zu richten, dessen Kernstück war, für die Skifahrer Verkehrserleichterungen zu schaffen, die bei zweifelhafter Witterung und auch geringer Schneelage in die sauerländischen Berge fahren wollten. Gedacht war hierbei in erster Linie an die Genehmigung zum Mitnehmen des Skigeräts in die D-Züge. Diese Erleichterungen haben die Reichsbahndirektionen München, Augsburg, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart und Karlsruhe bereits durchgeführt. Das zeugt jedenfalls von großem Verständnis für die Belange des Wintersports. In weitesten Kreisen der westdeutschen Wintersportler gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß die westdeutschen Reichsbahndirektionen dem Antrag des SKS. möglichst bald stattgeben, damit er noch für diesen Winter praktische Wirkung erzielt.

Bekanntlich finden die Jubiläumsmeisterschaften des SKS. vom 29. bis 31. Januar in Winterberg statt. Um den Besuch dieser Kämpfe den Mitgliedern und Zuschauern materiell zu erleichtern, hatte der Hauptvorstand des SKS. bei der Reichsbahn den Antrag gestellt, für die Besucher Winterbergs in diesen Tagen Sonntagsfahrkarten mit mehrtägiger Gültigkeit zuzulassen. Mit Bedauern hat man in Wintersportkreisen davon Kenntnis genommen, daß dieser Antrag von der Reichsbahndirektion Wuppertal abgelehnt worden ist mit der Begründung, daß Sonntagsfahrkarten aus Anlaß besonderer Veranstaltungen nur mit eintägiger Gültigkeitsdauer ausgegeben werden dürfen. Man hofft aber, daß die Reichsbahn diesen Beschluß revidiert. Der starre Buchstabe ihrer Bestimmungen steht da ihren eigenen materiellen Interessen bestimmt entgegen.

Schwelm, 27. Januar.

(-) **Heute Fitz-Abend.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß heute abend um 8 Uhr der vom Verkehrsverein veranstaltete Fitz-Abend im Saale Schirmer beginnt. Karten sind noch in den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse zu haben. Alle, die kommen, werden heute abend viel Freude erleben.

:: **Waffenabgabe.** Es ist vielfach die Feststellung gemacht worden, daß Waffen und Munition an abgelegenen Straßen, in Gräben, Gärten usw. abgeworfen worden sind. Personen, die sich der in ihrem Besitz befindlichen Waffen und Munition entledigen wollen, werden gebeten, diese Gegenstände auf dem Polizeibüro (Zimmer 11) abzugeben oder diese Stelle zu benachrichtigen. Einer Bestrafung wegen unbefugten Waffenbesitzes setzt sich der Ablieferer nicht aus, da der Besitz von Schußwaffen und Munition nicht genehmigungspflichtig ist. Militärwaffen und Munition verfallen ohne Entschädigung dem Reiche und dürfen nicht aufbewahrt werden. Strafbarkeit liegt hier ebenfalls nicht vor, wenn der Besitzer erst jetzt von dem Vorhandensein der Waffen Kenntnis erhalten hat.

(-) **„Schwarzwaldmädel".** Nach dem letzten großen Erfolg der Operette „Der fidele Bauer" wird am kommenden Sonntag die Operette „Das Schwarzwaldmädel" in erstklassiger Besetzung im Viktoriasaal aufgeführt. Morgen beginnt der Vorverkauf bei Hermann Fischer und W. Schmidt, Ostenstraße und Rob. Prange, Barmerstraße. Vorverkauf 1. Platz 60, Sperrsitz 75 Pfg., Erwerbslose 40 Pfg. Benny Rheins, Paul Kreidt, Hilde Werner, Gerti Dorecht, Willi Stinning usw. verbürgen eine erstklassige Aufführung.

(-) **Brand eines Wochenendhauses.** In der Nacht von Sonntag auf Montag ist in dem am Hedt errichteten Wochenendhäuschen des Apothekers Boerste aus Schwelm Feuer ausgebrochen. Das Feuer wurde gegen 1 Uhr nachts von einem von Schwelm kommenden Mann bemerkt, der vom Restaurant Haus Hedt aus die Benachrichtigung der Milsper Polizei und der Milsper Feuerwehr veranlaßte. Das untere Zimmer ist völlig ausgebrannt, die Treppe und der obere Raum konnte durch das Eingreifen der Wehr gerettet werden. Da man beim Eintreffen auf der Brandstätte die Eingangstür offen fand, wird Einbruch und Brandstiftung vermutet. Die Ermittlungen der Polizei sind im Gange.

Milspe, 27. Januar.

Die Beamtenschaft im Kampf um billigere Preise

Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist der Beamtenschaft zum vierten Male innerhalb eines Zeitraumes von 11 Monaten eine Gehaltskürzung von außergewöhnlichem Ausmaße auferlegt worden. Die verhängnisvollen Auswirkungen lassen sich abschließend zurzeit noch nicht übersehen. Es schwirren aber bereits Gerüchte durch die Oeffentlichkeit, die von weiteren Kürzungen der Beamtengehälter in Preußen wissen wollen. Von der Reichsregierung liegt zwar eine Verlautbarung vor, daß Erwägungen über erneute Abzüge bei ihrer Beamtenschaft nicht vorliegen. Angesichts des ungeheuren Fehlbetrages, der im Preußenhaushalt zurzeit vorliegt, und der durch Einsparungen bei den Sachgebieten oder durch Einnahmeerhöhungen nach Aussage maßgebender Regierungsvertreter nicht zu beseitigen sein soll, ist es verständlich, wenn die Befürchtungen der preußischen Beamtenschaft hinsichtlich der Sicherstellung ihres gegenwärtigen Einkommens außerordentlich groß sind.

Wenn man berücksichtigt, daß zahlreiche Beamtengruppen bereits über ein Drittel ihres ursprünglichen Gehaltes durch Abzüge verloren haben und diese Beamten nicht etwa in den höheren Gehaltsklassen zu finden sind, die schlimmsten Auswirkungen bei der Lehrerschaft sogar noch erheblich über den vorstehend genannten Satz hinausgehen, dann ist es verständlich, wenn die Forderung nach einer erheblichen und fühlbaren Preisermäßigung auf allen Gebieten der Lebenshaltung nunmehr mit der größten Entschiedenheit allgemein gefordert wird. Die Beamtenschaft gibt zu, daß Preisermäßigungen stattgefunden haben. Diese bewegen sich aber im Vergleich zu den bisherigen Gehaltskürzungen in einem so geringen Ausmaße, daß man von einem einigermaßen befriedigenden Verhältnis zwischen Gehaltskürzung und Preissenkung nicht reden kann. Die Regierungsstellen haben bei jeder Einkommensschmälerung erklärt, daß die Lebenshaltungskosten entsprechend gesenkt werden sollten. Da dieses Versprechen durch amtliche Maßnahmen allein nicht erreicht werden kann, der „Preiskommissar" überdies mit der Mitarbeit der Verbraucher rechnet, haben die im Deutschen Beamtenbund organisierten Beamten von Gevelsberg, Milspe, Voerde und Breckerfeld sich in einem Flugblatt an sämtliche erreichbaren Haushaltungen gewandt, um die vielen heute noch überhöhten Preise planmäßig zu bekämpfen. Sie ließen sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten:

Man stößt immer wieder auf Aeußerungen, die der Reichsregierung zum Vorwurf machen, daß sie die Wirtschaftslage durch andauernde Preissenkungsbestrebungen nur noch verschlimmere. Die Beamten und die übrigen Verbraucher haben alle Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Notwendigkeit der Preissenkung nicht ein bloßer Einfall der Regierung ist, sondern eine allgemeine Forderung, die die Verbraucherschaft darum erhebt, weil sie einen regelrechten Anspruch auf Verbilligung der Lebenshaltung hat und ohne fühlbare Preissenkung einfach nicht mehr haushalten kann. Nicht weniger oft macht man die Erfahrung, daß den wirklich billigen Geschäften und Lieferanten nachgesagt wird, sie könnten bei niedriger Preisgestaltung nicht bestehen. Auseinandersetzungen dieser Art sollte jeder Verbraucher ablehnen, da er fremde Kalkulationen nicht nachprüfen kann und im übrigen genug zu tun hat, um mit seinen eigenen Berechnungen zurechtzukommen. Die Geschäftsleute, die sich bemühen, billig zu sein, verdienen bei gleichwertiger Warenlieferung in allen Fällen den Vorzug. Notwendig aber ist, daß die Hausfrauen die verschiedenen Geschäfte miteinander vergleichen. Insbesondere muß auch von den Handwerkern (innen) und den freien Berufen eine zeitgemäße Preisbemessung verlangt werden. Sie sind verpflichtet, sich den allgemeinen Verhältnissen mehr als es vielfach bisher geschehen ist, anzupassen. Jeder Verbraucher sollte lernen, kaufmännisch zu rechnen und kaufmännisch zu handeln. Dazu gehört, vor jeder Neuanschaffung Preisangebote von mehreren Lieferstellen einzuholen und Ausführung und Zahlungsweise vor der Auftragserteilung schriftlich und unmißverständlich festzulegen. — Unter keinen Umständen sollte heute noch jemand mit dem Ausgeben überflüssiger Trink- und Bedienungsgelder großzügig verfahren. Man sollte sie grundsätzlich nicht mehr zahlen, auch nicht durch stillschweigende Zugeständnisse bei Abrundungen. Jeder unnötig ausgegebene Pfennig wirkt preistreibend. Von allen Vertretern der öffentlichrechtlichen Körperschaften (Staatsversammlungen usw.) muß immer wieder verlangt werden, daß sie sich einsetzen für die Senkung der Tarife für Elektrizität, Gas, Wasser, Straßenbahn, Schulgeld usw. Um die Steuerkraft des einheimischen Gewerbes zu stärken, ist es notwendig, sein Geld am Platze zu lassen. Das setzt ganz selbstverständlich voraus, daß den Ansprüchen auf Preissenkung hier in gleicher Weise wie in der Nachbarschaft Rechnung getragen wird. Offensichtliche Umgehungen der Notverordnungen sollten in allen Fällen der zuständigen Gemeindeverwaltung zur weiteren Verfolgung mitgeteilt werden.

Ortskartelle Gevelsberg, Milspe, Voerde und Breckerfeld.

* **Senkung der Straßenbahntarife.** Die Straßenbahngesellschaft Ennepe wird ab 1. Februar eine Herabsetzung der Preise für Wochenkarten und Schülerkarten vornehmen und durch Neueinführung einer 50-Pfg.-Ermäßigungskarte den übrigen Fahrgästen eine Verbilligung einräumen.

Gevelsberg, 27. Januar.

* **Ein Auto gestohlen** wurde einem Anwohner vom Vogelsang, der abends um 11 Uhr heimkehrte und seinen Wagen in den Schuppen einstellte. In der Nacht wurde der Wagen gestohlen. Es handelt sich um einen 6sitzigen dunkelblauen Adlerwagen Nr. IX 103 902.

* **Zum dritten Male eingebrochen** wurde in vorvergangener Nacht bei dem Zigarrenhändler Reindl, Ecke Mühlen- und Jahnstraße. Gestohlen wurden nur wenige Sachen, da die besseren Waren vorsichtigerweise während der Nacht in dem hinteren Verkaufsraum aufbewahrt wurden.

* **Talbahnverbesserungen wegen Geldmangels zurückgestellt.** Die Reichsbahn plante, da der Verkehr auf der Talbahn stark geworden war und ein Bedürfnis dafür vorzuliegen schien, die Einführung des ½stündigen Verkehrs. In diesem Zusammenhang sollte auch die wiederholt geforderte Haltestelle Poeten eingerichtet werden. Erdbewegungen waren schon vorgenommen worden. Wie man nun hört, wird der ½stündige Verkehr in jeder Richtung aber noch zurückgestellt, bis bessere Verhältnisse Platz greifen.

* **Sämtliche Wohnungen eines Hauses erbrochen und durchsucht.** Sonntag abend drangen Diebe in ein an der Rosendahler Straße gelegenes Haus ein und durchsuchten alle Wohnungen, in die sie sich mittelst Nachschlüssels Eingang verschafft hatten. Gestohlen wurde eine goldene Damenarmbanduhr sowie eine weitere Uhr. Wahrscheinlich hatten es die Einbrecher, die mit den Verhältnissen vertraut gewesen sein müssen, nur auf Schmucksachen und Geld abgesehen.

pn. **Nicht erwiesener Verrat von Geschäftsgeheimnissen.** Der 19jährige Kaufmann Karl S. war bis zum 1. Oktober vorigen Jahres bei der Firma J. in Stellung. In der letzten Zeit dieser Tätigkeit hat er sich Rechnungskopien angeeignet und aus diesen Preise und Fabrikationsnummern entnommen. Auch nahm er Kalkulationsunterlagen usw. an sich. Es wurde ihm zur Last gelegt, diese Geschäftsgeheimnisse bei der Firma Sch. und F. hier, einer Konkurrenz der Firma J., verwertet bezw. preisgegeben zu haben. Auffälligerweise hat die Firma Schl. u. F. gleich nach Einstellung des Angeklagten die Fabrikation von Konsolen für Ladeneinrichtungen aufgenommen und die Kunden der Firma J. teilten dieser mit, daß die Konkurrenz die Konsolen billiger anbiete. Der Angeklagte bestreitet nicht, Rechnungskopien der Firma J. an sich genommen zu haben. Er will diese jedoch nicht verwertet haben. Skizzen, die er den Offerten beilegte und die genau den Konsolen der Firma J. entsprachen, habe er aus dem Kopf angefertigt. Fabrikant Fl. gab an, daß die Herstellung der Konsolen schon seit langem geplant war. Es sei ein Zufall, daß diese Fabrikationsaufnahme und die Einstellung des Angeklagten zu einem Zeitpunkt zusammenfalle. Der Staatsanwalt beantragt 50 M. Geldstrafe und berücksichtigte strafmildernd die große Jugend des Angeklagten. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung. Wenn S. auch nicht korrekt gehandelt habe, so sei ihm doch nicht nachzuweisen, daß er gegen die guten Sitten verstoßen habe.

pn. **Motorradunglück, weil nicht abgeblendet war.** Das Motorradunglück am 8. November 1931 bei der Wirtschaft Schmidt hatte gestern vor dem Schöffengericht ein Nachspiel. Angeklagt war der Kraftfahrer Paul B. aus Düsseldorf, der am genannten Tage abends 7 Uhr auf der Fahrt nach Schwelm war. Ihm entgegen fuhr der Schmied Gustav U. auf seinem Motorrad. Da der Angeklagte seinen Scheinwerfer nicht abgeblendet hatte, wonach er nach § 17 der Kraftfahrzeugverkehrsordnung verpflichtet war, wurde U. geblendet. Er sah nicht den vor ihm mit einem großen Handwagen fahrenden Zementeur D. und fuhr auf diesen auf.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

U. erhielt einige Verletzungen an der Hand, die bis heute noch nicht ausgeheilt sind. Wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen § 17 der Kraftfahrzeugverkehrsordnung erhielt der Angeklagte 40 Mark Geldstrafe. Strafmildernd kam in Betracht, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft und der Motorradfahrer Mitschuld an dem Unglück trage, da er sein Fahrzeug hätte ganz abstoppen müssen.

Haßlinghausen, 27. Januar.

* **Gemeindesteuern für 1931.** Gemäß § 65 des K. A. G. wird bekanntgegeben, daß in den Gemeinden Haßlinghausen, Gennebreck, Linderhausen und Hiddinghausen I für das Rechnungsjahr 1931 folgende Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern als Gemeindesteuern erhoben werden.

Gemeinde:	Grundvermögenssteue :		Gewerbesteuer:	
	a) vom bebauten Besitz	b) vom unbebauten Besitz	a) vom Ertrage	b) vom Kapital
Haßlinghausen	275%	260%	540%	1920%
Gennebreck	300%	260%	560%	1920%
Linderhausen	275%	260%	560%	2240%
Hiddinghausen I	300%	260%	560%	2240%

Die bereits zugestellten Steuerzettel sind bei der nächsten Zahlung der Kasse zur Berichtigung vorzulegen.

* **14 000 Mark Höchstgebot für Haus Paradies.** Bei der Zwangsversteigerung des Ausflugslokals Haus Paradies wurde von der Sparkasse Hattingen das Höchstgebot mit 14 000 Mark abgegeben. Da dieses Gebot nicht die vorgeschriebene Mindesthöhe von sieben Zehnteln des Realwertes (40 000 Mark) beträgt, braucht nach der Notverordnung der Zuschlag nicht erteilt zu werden, was auch wohl in diesem Fall nicht geschehen wird.

Breckerfeld, 27. Januar.

* **Endgültig angestellt.** Der evangelische Lehrer Erich Goltze, bisher zu Gevelsberg, ist hierselbst endgültig angestellt worden. Die früher angeordnete Versetzung des evangelischen Lehrers Wilhelm Borkenkamp von Gevelsberg nach hier ist von der Regierung rückgängig gemacht worden.

* **Unglücklicher Sturz.** Im benachbarten Ort Eyscheid kam die Landwirtin Frau W., 64 Jahre alt, durch Ausgleiten so unglücklich zu Fall, daß sie einen Beinbruch erlitt und mittels Sanitätsauto in ein Hagener Krankenhaus geschafft werden mußte.

Bredenscheid, 27. Jan.

* **Selbstmordversuch.** Der 27jährige, ledige Emil K. aus Bredenscheid unternahm einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader aufschnitt. K. wurde dem Hattinger Krankenhaus überwiesen. Lebensgefahr besteht nicht. Was den jungen Mann zu solch einer Tat getrieben hat, ist nicht bekannt.

Westfalen, Rheinland und Nachbargebiete

* **Hagen-Haspe,** 26. Januar. (Mit dem Motorrad ins Schaufenster.) In Haspe kam ein Motorradfahrer mit Sozius die Berliner Straße hinab, um in die Tillmannstraße einzubiegen. Auf der abschüssigen Straße verlor der Fahrer die Gewalt über das Rad, bekam die Kurve nicht und sauste in eine große Schaufensterscheibe der Sparkasse. Der Sozius konnte sich noch rechtzeitig durch Abspringen in Sicherheit bringen. Der Fahrer selbst blieb in der Scheibe hängen, die in Trümmer ging. Er erlitt schwere Schnittwunden. Der Unfall ist auf das Versagen der Bremse zurückzuführen. Schon in der Höhe der Löwenapotheke hatte der Fahrer gerufen: „Die Bremse versagt!", um die Passanten auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen.

* **Soest,** 26. Jan. (Blutige Eifersuchtstragödie — Ein Toter, zwei Verletzte.) Am Montag ereignete sich in Werl eine blutige Eifersuchtstragödie. Auf dem Heimwege von einer Festlichkeit streckte der Gärtner Sodenkamp seinen Freund Rickert und ein Fräulein Wiesenthal durch zwei Revolverschüsse zu Boden. Sodenkamp richtete dann die Waffe gegen sich selbst und schoß sich in die Schläfe. Der Täter ist einige Stunden später seinen Verletzungen erlegen. Der schwerverletzte Rickert und Fräulein Wiesenthal wurden ins Krankenhaus geschafft.

* **Wesel,** 26. Jan. (Wie die Stadt Wesel unverhofft zu 40 000 Mark kam.) Auf dem hiesigen Wohlfahrtsamt konnte ein junger Angestellter nie seine Bücher in Ordnung bringen, immer hatte er einen erheblichen Ueberschuß. Da kam er auf den Gedanken, einfach die Kasse stimmend zu machen. Die Gelder wurden mit den Büchern übereinstimmend gemacht und so ging es fast zwei Jahre hindurch. Immer wenn sich ein Ueberschuß einstellte, wurden die Gelder beiseite gelegt. Unter dem neuen Bürgermeister wurde jetzt eine genaue Revision durchgeführt und man stellte die Verfehlungen fest. Als der junge Mann zur Rede gestellt wurde, gab er die falschen Buchungen zu, und als man ihn festnehmen wollte, öffnete er den Geldschrank und holte aus einem Behälter zum Staunen der Revisoren einen Betrag von rund 40 000 M. hervor, die er im Laufe der Zeit „eingespart" hatte. Der junge Mann wurde „befördert", aber an die frische Luft.



Die Beisetzung des Generaloberſten v. Lyncker,

des früheren Chefs des Militärkabinetts des Kaisers, fand auf dem Bornstedter Friedhof bei Potsdam statt. Eine Ehrenkompagnie der Reichswehr sowie viele ehemalige Kameraden gaben dem Toten das letzte Geleit.

* **Münster i. W.,** 26. Jan. (Raubmörder Bärens vor Gericht.) Vor dem Schwurgericht Münster hatte sich der 19jährige Arbeiter Peter Bärens aus Oberhausen-Osterfeld wegen Raubmordes zu verantworten. Bärens hatte am Morgen des 10. November vorigen Jahres die 65jährige Christine Rollier in Laer im Kreise Steinfurt, von der er aufgenommen worden war, weil er kein Obdach hatte, ermordet. Als er im Schlafzimmer, wo das Geld von den drei zusammen lebenden Geschwistern Rollier aufbewahrt wurde, von der Ermordeten überrascht und zur Rede gestellt worden war, würgte er die Frau am Halse, so daß sie ohnmächtig zu Boden fiel. Dann schleppte der Mörder sein Opfer auf die sogenannte Hille, wo er es liegen ließ, um die Behältnisse in der Wohnung zu durchstöbern. Laute Hilferufe der wieder zu sich gekommenen Frau veranlaßten ihn, eine auf der Tenne stehende Axt zu ergreifen und damit seiner Wohltäterin den Schädel einzuschlagen. Der Täter flüchtete dann mit dem erbeuteten Gelde im Betrage von 260 Mark in einem Auto nach Münster. Hier bestieg er den D-Zug zu einer Reise nach Hamburg, wo er das Geld in zwei Tagen durchbrachte. Dann stellte Bärens sich der Polizei. Der Angeklagte war geständig und gab die Tat zu. Zahlreiche Zeugen, frühere Arbeitgeber, Vereinsgenossen usw. stellen dem Angeklagten das beste Zeugnis aus und kennen ihn nur als guten, soliden und verträglichen Menschen. Nachdem die Sachverständigen ihr Gutachten abgegeben hatten, hielt der Vertreter der Anklage sein Plädoyer. Der Staatsanwalt wies auf die viehische Roheit hin, mit der der Angeklagte bei seiner Tat vorgegangen ist. Mildernde Umstände könnten dem Angeklagten nicht zugebilligt werden. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe gegen den Angeklagten und wegen Diebstahls zwei Jahre Zuchthaus. — Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Totschlags und Diebstahls zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 12 Jahren und 3 Monaten. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

* **Minden,** 26. Jan. (Der Mindener Dom nicht gefährdet.) Zu verschiedenen Meldungen, die in letzter Zeit über eine Gefährdung der Standsicherheit des Mindener Domes auftauchen, wird von der Regierung Minden mitgeteilt, daß eine solche Gefahr nicht besteht. Der älteste Teil des Bauwerkes, der Turm mit seinen Anbauten, stehe schon seit 600 Jahren in seiner schiefen Lage. Die Risse in der Giebelwand der Vorhalle hätten sich nicht erweitert. Im übrigen seien irgendwelche Bewegungen des Mauerwerks, die auf Schäden in den Fundamenten zurückzuführen wären, nicht nachweisbar.

* **Wuppertal,** 26. Jan. (Noch keine ermäßigten Straßenbahn-Tarife am 1. Februar.) Bekanntlich war vorgesehen, die durch die Auflockerung der Straßenbahntarife zu schaffende Fahrpreisermäßigung auf den Wuppertaler Bahnen möglichst am 1. Februar einzuführen. Zur Voraussetzung hierfür wurde aber der Erlaß der Beförderungssteuer gemacht. Die Verhandlungen der einzelnen Bahngesellschaften mit dem Reichskommissar auf Erlaß der Beförderungssteuer konnten jedoch bis jetzt noch nicht abgeschlossen werden. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß diese Verhandlungen noch vor dem 1. Februar beendet werden und zur Festsetzung des neuen Tarifes führen. Doch hofft man in den beteiligten Kreisen, daß die Hindernisse etwa bis zum 15. Februar endgültig aus dem Wege geräumt sind, um dann nach Möglichkeit vom 15. Februar ab die Preisermäßigung durchzuführen. Auch die Städtischen Barmer Bahnen können mit Rücksicht auf die Tarifgemeinschaft die von der Stadtverordneten-Versammlung bereits genehmigte Preisermäßigung nicht vor dem Tage einführen, der auch auf den Linien der anderen Gesellschaften die neuen Fahrpreise bringt.

* **W.-Elberfeld,** 26. Januar. (Ueberfälle häufen sich in erschreckendem Maße.) In der Nonsdorfer Straße erschienen kurz nach Ladenschluß in der Wohnung eines Lebensmittelhändlers zwei Männer und verlangten Zigaretten. Im Begriff, die gewünschten Zigaretten herbeizuholen, wurde dem Händler von einem der Burschen unter dem Ruf „Hände hoch!" ein schußwaffenähnlicher Gegenstand entgegengehalten. Indessen ging der andere Täter daran, aus einem Schrank eine Blechschachtel zu entwenden, in der sich Wechselgeld und Rechnungen befanden. Als der Händler dies sah, sprang er auf den Dieb zu und entriß ihm die Schachtel, wobei diese zur Erde fiel. Durch das Geräusch sowie durch die Hilferufe des Händlers wurden die Mitbewohner des Hauses aufmerksam. Als die Täter das Nahen von Schritten hörten, ergriffen sie schleunigst die Flucht und entkamen in Richtung Dianahöhe.

* **Opladen,** 26. Jan. (Nächtlicher Einbrecher erbeutet 1700 RM.) Die Wohnung des Eisenwarenhändlers Ern wurde nachts von Einbrechern heimgesucht. Diese durchwühlten alle Schränke und stahlen aus einer Schublade einen Geldbetrag von 1400 RM. Darüber hinaus ließen sie aus einer Hose, die am Bett des Schlafenden hing, noch einen weiteren Betrag von 300 RM. mitgehen. Die Einbrecher konnten unerkannt entkommen.

* **Kleve,** 26. Januar. (Mit den Zöpfen in die Transmission geraten.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Montag nachmittag in einer Schuhfabrik. Ein junges Mädchen von 15 Jahren geriet mit ihren langen Zöpfen in eine Transmission. Dadurch wurde dem Mädchen ein Teil der Kopfhaut abgerissen. Man schaffte die Schwerverletzte sofort ins Hospital, wo ihr das abgerissene Stück Kopfhaut wieder angenäht wurde. Der Zustand des Mädchens ist bedenklich.

Wirtschaft, Handel und Industrie

7 Millionen Verlust bei Bemberg

Der Abschluß per 30. September 1931

In der gestrigen Aufsichtsratssitzung der J. P. Bemberg A.-G. wurde der Abschluß des am 30. September 1931 abgelaufenen Geschäftsjahres vorgelegt und genehmigt. Die Bilanz schließt nach Vornahme von Abschreibungen in Höhe von RM. 6 542 156,72 mit einem Verlust von RM. 7 069 172,31 ab.

Es soll der für den 27. Februar 1932 einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorgeschlagen werden, diesen Verlust in Höhe von vier Millionen Mark aus dem Reservefonds zu decken und den Rest von RM. 3 069 172,31 auf neue Rechnung vorzutragen.

Zwei Straßenräuber zum Tode verurteilt

* **Königsberg** i. Pr., 27. Jan. Das Schwurgericht verurteilte gestern abend den Arbeiter Dombrowski und den Tischler Eisenmenger wegen gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit Straßenraub zum Tode und zum dauernden Ehrenrechtsverlust.

In der Nacht zum 11. Januar 1931 war ein Kraftwagenführer mit einer Kopfwunde tot aufgefunden worden. Die Geldbörse mit etwa 44 M. und die Uhr waren geraubt. Die Verurteilten leugnen auch jetzt noch, die Tat verübt zu haben und erklären, die gegen sie erstattete Anzeige sei ein Racheakt. Das Gericht hielt jedoch ihre Schuld für erwiesen.

Die Hermesstatue, die ungarische Staatsbahndirektion und der Barbier von Mezötur

* **Budapest,** 26. Jan. Am 4. Januar vorigen Jahres geschah es, daß der biedere Besitzer einer Rasierstube in dem kleinen Landstädtchen Mezötur, Albert Lukacz, mit dem Zuge im Budapester Ostbahnhof eintraf und gerade frohgemut die große Glashalle verließ, als ihm der Arm des Gottes Hermes, der wohl an die 50 Jahre inmitten einer Statuengruppe über der Hauptfront des Bahnhofsgebäudes untergebracht ist, ganz unversehens aufs Haupt fiel. Unter dem furchtbaren Schlage des Götterwesens brach unser Friseur mit einer schweren Kopfwunde zusammen. Nach einer gefährlichen Operation und monatelangem Siechtum wollte Albert Lukacz zu seinem Gewerbe zurückkehren, doch siehe da, die einst so sichere Hand zitterte und alle Kunden — und die Kundschaft rekrutierte sich aus den vornehmsten Honoratioren des Städtchens — beklagten sich über Schnitt- und Kratzwunden. So kam es zu einem Prozeß gegen die ungarischen Staatsbahnen. Mit dem Gutachten der berühmtesten Nervenärzte versehen, forderte unser Figaro wegen Erwerbsunfähigkeit einen Schadensersatz von 70 000 Pengö. Die Staatsbahndirektion bot indessen nur ein Schmerzensgeld von 3000 Pengö. Davon wollte der Meister nichts hören und führte den Prozeß weiter. Die Staatsbahnen schickten darauf einen jungen Rechtsanwalt als „Spion" nach Mezötur, damit er sich von der Hand Albert Lukacz rasieren lasse, um festzustellen, ob diese tatsächlich so bedenklich zittere .... Der Advokat sah dem Experiment mit Angst und Bangen entgegen, war aber freudig überrascht, als sein Gesicht nach der „Operation" nicht den geringsten Schnitt aufwies. Die Freude der Staatsbahnen war womöglich noch größer, wich aber nach zwei Tagen einer um so heftigeren Bestürzung, als sich zweifelsfrei herausstelle, daß der Rechtsanwalt von dem Sohne des Rasiermeisters bedient worden war ... In der folgenden Verhandlung forderte Albert Lukacz von der Staatsbahndirektion eine zehnjährige Monatsrente von je 500 Pengö sowie 5000 Pengö für die Kopfoperation. Das Gericht stellte sich auf seine Seite mit der Begründung, daß die Bahndirektion die schadhaft gewordene Hermesstatue rechtzeitig hätte reparieren lassen müssen.

Wetterbericht der Wetterwarte Essen

Meist bedeckt und stellenweise leicht neblig, tagsüber zeitweise Aufheiterung, Temperaturen etwas über null Grad, schwache Winde aus wechselnden Richtungen.

Städtische Bühnen Wuppertal

Vorverkauf in Schwelm:
Zigarrengeschäft Eckardt, Neustraße

Barmen

Donnerstag, 28. Jan., 8 bis 10,45 Uhr: **Cavalleria rusticana.** Oper von Mascagni. **Der Bajazzo.** Musikdrama von Leoncavallo. Abonnement C, 17. Vorstellung. Preise 2.
Freitag, 29. Jan., 7,30 bis 10,15 Uhr: Vorstellung für die Schulverwaltung: **Die Zauberflöte.** Oper von Mozart. Kein Kartenverkauf.
Samstag, 30. Jan., 8 bis 10 Uhr: **Nina, der Filmstar.** Komödie von Bruno Frank. Preise 1.
Sonntag, 31. Jan., 7,30 bis 10,15 Uhr: **Cavalleria rustiana. Der Bajazzo.** Preise 2.

Elberfeld

Mittwoch, 27. Jan., 8 bis 10,15 Uhr: Außer Abonnement: **Das Dreimäderlhaus.** Singspiel. Musik nach Franz Schubert. Preise 1.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Scherz, für den Anzeigenteil: Hans Scherz; Druck und Verlag von M. Scherz; sämtlich in Schwelm.

Lehrling

mit Berechtigungsschein von Textil-Fabrik für Kontor und Lager zu Ostern gesucht.

Angebote unter 531 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

8000 Menschen

leben in Schwelm von öffentl. Unterstützung!

Täglich wächst die Not!

Gib am 9. Februar für die

Schwelmer Nothilfe.

Was bringt der Rundfunk?

Donnerstag, 28. Januar

6,45—7,00 Leibesübungen.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage.
10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,15—11,15 Mensch und Welt. Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20—12,50 Schallplattenkonzert.
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt. 1. Ouverture zur Oper „Undine" von Lortzing. 2. Ballett der Düfte von Popy. 3. a) Notturno von Huppertz, b) Faun und Nymphe, Impression für Kammerorchester von Königsberger. 4. Melodien aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen" v. Offenbach. 5. Ouverture zur Operette „Der Göttergatte" von Lehar. 6. Mein Baden, Walzer v. Komzak. 7. a) Unter Dampf von Pach, b) Jung-Deutschland, Marsch von Mannfred.
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
16,10—16,20 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,20—17,00 Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft.
17,05—18,00 Uebertragung vom Südwestdeutschen Rundfunk, Frankfurt: Vesperkonzert des Orchesters des Südwestdeutschen Rundfunks, Leitung: Reinhold Merten, Solist: Hans Andrae (Cello) 1. Ouverture zu „Lucio Silla" von Mozart 2. Konzert in B-dur für Cello und Orchester von Boccherini. 3. Großes Duo, op. 140 von Schubert.
18,25—18,40 Dietrich: Wintersport im Riesengebirge.
19,00—19,10 Uebertragung von der Funkstunde, Berlin: Stimme zum Tag.
19,10—19,25 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,30—19,55 Chronik der Weltwirtschaft.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00 Meyerbeer. Chor und Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschkötter.
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24,00: Nachtmusik, Leitung: Wolf.

1 Lehrmädchen

gesucht für Nähereibetrieb.

Hugo Wolf G. m. b. H.

Viktoriastraße 10.

Für den Weidegang

dieses Jahres können wir noch einige **Rinder** und **Kühe** annehmen.

Geschw. Falkenroth

Niederhülsenbecke bei Altenvoerde. Tel. 2225

Heringssalat
Pfd. 1.00 Mk.
Kartoffelsalat
Pfd. 0.50 Mk.
Heringsstipp
Pfd. 0.65 Mk.
sowie stets frisch gewässerten
Stockfisch
alles eigene Zubereitung
empfiehlt
Friedr. Wiesemann

Von der Sophienhöhe durch das Fastenbachtal nach den Anlagen in der Jägerstr. am Sonntag vorm. **Brieftasche** mit 4 Hitlerjugend-Ausweisen und 1 Führerausweis **verloren.** Wiederbringer erhält Belohnung.
Erich Hellweg
Altmarkt 11

Auswanderer Fürsorge **GELD** Lotterie
Ziehg. gar. 9./10. Febr. 32
25000
10000
6000
4000
Auf 10 Lose 1 fd. End-Nr. 1 Gewinn garantiert
Los 1 M Porto u. Liste 30 Pf
Stürmer G. m. b. H.
Frankfurt / M
Schnurgasse 51
Postsch. 15800 Ludwigshafen/Rh
u. alle Verkaufsstellen
Ges.-Höchst- u. Hauptgew.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes **Morgenmädchen** sofort gesucht.
Frau Emil Kretting
Bahnhofstraße 69

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Zweites Blatt Nummer 22 **Schwelmer Zeitung** Mittwoch, 27. Januar 1932

Die Jahresarbeit der Kaufmannsgewerkschaft

Als erste große Berufsorganisation berichtet der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband über das Jahr 1931. Er konnte es mit einem Mitgliederbestande von 409 022 Mitgliedern abschließen, gegen das Vorjahr ein Reinzuwachs von mehr als 5000.

Die Kaufmannsgehilfen haben schwere Opfer bringen müssen, die fast allen Standesangehörigen harte Einschränkungen auferlegten. Die Gehälter der noch voll Beschäftigten sind stark gesunken, gar nicht zu reden von der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit. Zweifellos wäre es ohne den Schutz der Berufsgewerkschaft noch erheblich schlechter geworden; die Kaufmannsgehilfen empfinden, daß sie in der Notzeit ihren Berufsverband am nötigsten brauchen.

Von diesem Schutz reden die sozialpolitische und die Tarifsvertragsarbeit, die im vergangenen Jahre unter schwierigsten Verhältnissen geleistet wurden. Von ihm reden nicht minder die großen Selbsthilfeeinrichtungen des DHV. Allein an Stellenlosenunterstützungen hat er 3,11 Millionen M. ausgezahlt; er hat damit seine Leistungen gegenüber 1929 vervierfacht. Der größte Teil mußte selbstverständlich den vorsorglich angesammelten Rücklagen entnommen werden. Durch die Ortsgruppen und durch Sonderunterstützungen wurden eine weitere halbe Million Mark an bedürftige Stellenlose verteilt. An Altersgeld schüttete der Verband 160 000 Mark aus; die Zahl der Empfänger betrug 275. Das Hinterbliebenengeld wurde in 628 Fällen im Gesamtbetrage von 152 000 M. gewährt. Ungemein schwierig war die Arbeit der Stellenvermittlung des DHV.; am Jahresschluß waren 41 716 als Bewerber eingetragene Mitglieder arbeitslos. Es wurden 7944 Stellungen vermittelt (davon 653 Auslandsstellen) und ferner 2171 Stellungen für Lehrlinge.

Auch die Ergebnisse der Rechtsschutzarbeit bezeugen, daß der Kaufmannsgehilfe in schlechten Zeiten besonders hart um sein Recht kämpfen muß. Das Berichtsjahr war das Jahr der zahlreichsten Kündigungen und Entlassungen. 160 000 mündliche und 41 000 schriftliche Rechtsauskünfte wurden verlangt; es mußte also mindestens jedes zweite Mitglied den Rechtsschutz in Anspruch nehmen. Er erstritt 3 780 000 Mark vorenthaltene Gehälter und andere Geldansprüche, 940 Zeugnisse und erwirkte etwa 1800 Wiedereinstellungen.

Als Interessen-Verband allein hätte sich der DHV. nicht so fest behauptet. Er ist darüber hinaus ein sozialer Schutzbund, eine Gemeinschaft starken nationalen Willens und eine Pflegestätte echten Berufsgefühls. Dieses einheitliche Wollen erklärt es, daß dem Verbande immer neue Kräfte und Mitarbeiter zuströmen. Fast 60 000 Verbandsangehörige leisteten über die selbstverständlichen Mitgliedspflichten hinaus ehrenamtliche Mitarbeit.

Trotz der ungewissen Zukunft war die Anteilnahme auch an der Bildungsarbeit des Verbandes erfreulich lebhaft. Die Beteiligungsziffern zeigen, daß die Standesjugend noch lange nicht in Hoffnungslosigkeit versinkt. Die Hamburger Kaufmannsschule des DHV. erfaßte in ihren Lehrgängen 4500 Schüler. Die Auslandsschulen in London, Paris und Barcelona zählten in 20 Tagesabteilungen 325 Besucher. Allein das Winterhalbjahr vereinigte in den 10 reichsdeutschen DHV-Kaufmannsschulen 7600 Teilnehmer an den Dauerlehrgängen. Vom allgemeinen Bildungswesen wurden betreut 225 volksbürgerliche Arbeitsgemeinschaften, 121 Junggehilfengruppen, 107 Schachvereinigungen, 85 Lichtbildnergilden, 143 Männerchöre mit 5300 aktiven Sängern, 20 Frauenchöre, 183 Musikgruppen und 27 Laienspielscharen.

Der Bund der Kaufmannsjugend entwickelte gleichfalls starke Regsamkeit. In der Führung dieser Arbeit stehen 1332 Jugendführer. Die Scheinfirmen haben ihre Aufgabe, zusammenfassende Berufsbildungsarbeit zu leisten, vertieft. 127 neue Firmen erhöhten den Bestand auf 677. An sechs Turner-Städtewettkämpfen nahmen 1800 Mann teil.

Ein kurzer Ausschnitt aus einer der wichtigsten Arbeitsgruppen im vielfältigen Gliederungsleben des Verbandes möge die Uebersicht abschließen. Der Bund reisender Kaufleute im DHV. ist mit 23 401 Mitgliedern die größte Organisation der Reisenden geworden. Seine Zeitschrift „Der reisende Kaufmann" erhöhte ihre Auflage auf 26 100. Bundesgruppen bestanden am Jahresende 246. Auch die großen nationalen und sozialen Aufgaben dienenden Wirtschaftsunternehmen des DHV., die Krankenkasse mit 265 000 Stammversicherten, der Deutsche Ring mit 373 Millionen Mark Lebensversicherungsbestand und gutem Sachgeschäft sowie die Hanseatische Verlagsanstalt kommen vorwärts. Die Goldmarksparkasse verwaltete am Jahresschluß die Spargelder von 76 400 Sparern im Betrage von 55,6 Millionen Mark.

So vermittelt dieser Bericht die Gewißheit, daß die Berufsgewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen wohlgerüstet in das neue Jahr eingetreten ist. Aller Voraussicht nach wird auch für sie die Arbeit noch härter, die Belastungsprobe noch schwerer werden. Wer aber in schwerer Zeit sich so gut bewährte, bietet die Gewähr, daß er auch in schwierigsten Stunden ein fester nationaler und sozialer Halt sein wird.

Wie die Luftangriffe im Kriege gewirkt haben

In der französischen Militärliteratur wurden vor kurzem Angaben über den Erfolg deutscher Luftangriffe auf Paris während des Krieges veröffentlicht. Sie sind heute für uns von besonderem Interesse; hat sich doch durch das Versailler Diktat die Lage derartig zu unseren Ungunsten verschoben, daß heute jede deutsche Stadt, gleichviel ob sie in den Grenzbezirken oder im Innern des Landes liegt, von den Grenzen aus durch Bombengeschwader angegriffen werden kann. Die französischen Veröffentlichungen zeigen auch, von wie großer Bedeutung die Deutschland durch das Versailler Diktat fast völlig verbotenen Flugabwehrwaffen sind. Denn von den deutschen Fliegern wurde ein Flug nach Paris stets als ein „Flug in die Hölle" bezeichnet.

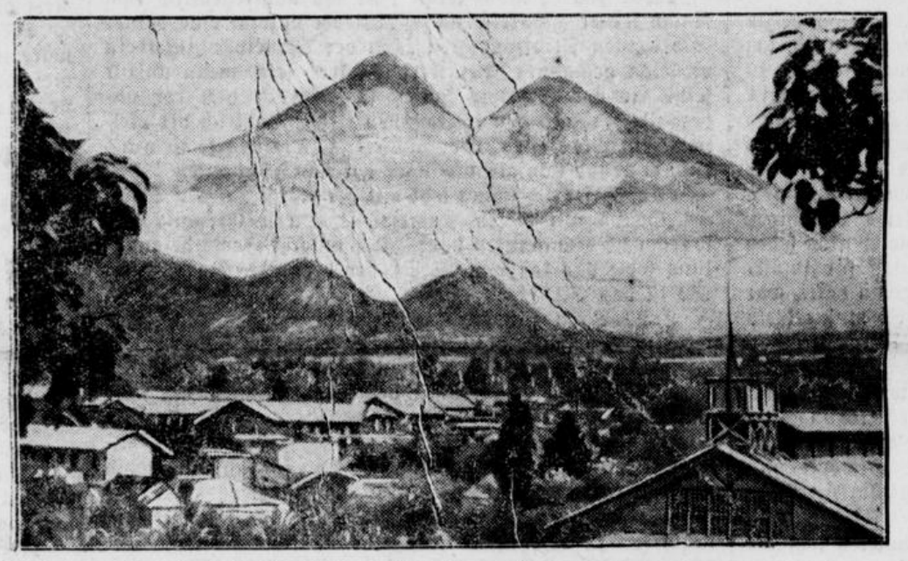
Von 1914 bis 1917 wurde Paris nur von zwei Zeppelinen und dreizehn Flugzeugen überflogen. 1918 stieg die Zahl der Luftangriffe bedeutend. Dreißig Angriffe, an denen 483 Flugzeuge beteiligt waren, wurden angesetzt. Dreizehn Flugzeuge wurden abgeschossen, und nur 37 gelang es, das Innere der Stadt zu erreichen. Es wird anerkannt, daß die deutschen Flieger stets bemüht waren, trotz aller Schwierigkeiten ihren Angriff nach Möglichkeit auf militärisch wichtige Ziele zu richten. Trotzdem wurden 256 Pariser Einwohner getötet. Fast die gleiche Anzahl von Menschen wurde, wie nachgewiesen wurde, durch die aus der Luft herunterfallenden Sprengstücke der Flugabwehrgranaten getötet. Aus dieser Tatsache folgert die Berichterstattung mit Recht, daß sich die Pariser Bevölkerung während der Luftangriffe nicht so verhalten habe, wie es im Interesse ihrer eigenen Sicherheit notwendig gewesen wäre. Die hohe Zahl der Tötungen durch Sprengstücke der eigenen Geschosse läßt erkennen, daß die Bevölkerung es nicht für erforderlich gehalten hat, in Deckung zu gehen. Wahrscheinlich hat sie von Straßen und öffentlichen Plätzen aus dem militärischen Schauspiel zugesehen.

Deutschland war während des Weltkrieges nur in verhältnismäßig geringem Maße gegnerischen Luftangriffen ausgesetzt. Immerhin haben einige Städte unserer Grenzprovinzen, besonders im Westen, durch Luftangriffe stark gelitten. Es gelang in Deutschland durch Aufklärung, die Wirkung der einzelnen Angriffe bedeutend zu vermindern. Damals wurde der auch heute noch zu Recht bestehende Satz geschrieben: „Der beste Schutz gegen Luftangriffe liegt im Verhalten der Bevölkerung selbst." Im Jahre 1914 wurden von 14 angreifenden Flugzeugen 33 Bomben abgeworfen. 52 Menschen wurden getötet oder verwundet. Eine Bombe traf somit im Durchschnitt 1,6 Personen. 1918 stieg die Zahl der auf das deutsche Heimatgebiet abgeworfenen Bomben 7717. Die Zahl der Toten und Verwundeten stieg zwar auf 1161, die einzelne Bombe hatte aber trotz der Steigerung ihrer Größe und Explosivkraft nur noch ein Zehntel der Wirkung wie zu Beginn des Krieges.

In Frankreich werden die Erinnerungen an die deutschen Luftangriffe jetzt geweckt, um die Bevölkerung eindringlich zu ermahnen, die Augen vor der Entwicklung der Luftwaffe nicht zu verschließen, sich der Gefahr möglicher Kriege bewußt zu bleiben und rechtzeitig daran zu denken, daß Leben und Eigentum jedes Einzelnen am besten von ihm selbst geschützt werden, zumal wenn die notwendigen Vorbereitungen hierzu rechtzeitig getroffen sind.

Diese an die französische Bevölkerung gerichtete Mahnung muß mit noch größerer Eindringlichkeit an das deutsche Volk gerichtet werden. Der deutsche Luftschutzverein hat schon seit langem die Forderung nach zweckmäßigen und wirkungsvollen Luftschutzmaßnahmen erhoben, die uns durch das Versailler Diktat nicht verboten sind und die auch keiner Nation verboten werden können.





Vulkanausbrüche und Erdbeben in Guatemala

In der mittelamerikanischen Republik Guatemala traten die beiden Vulkane Fuego und Acatenango (im Hintergrund) plötzlich in Tätigkeit. Mehrere Ortschaften, so auch das hier abgebildete Antigua, wurden völlig zerstört. Auch große Kaffeeplantagen, die zum Teil Deutschen gehören, wurden vernichtet. Die Erdstöße waren so stark, daß sie sogar noch in der benachbarten Republik San Salvador verspürt wurden, der Aschenregen soll sogar über 200 Kilometer weit fortgetragen worden sein. Links: die Trümmer einer Kirche in Antigua, die bei einem früheren Vulkanausbruch zerstört wurde.

Das Doppelte Gesicht

Roman von MAX NEAL 22

„Ein gewisser Iwan ...."

„Iwan Taschew?"

„Ja, ein Russe. Mehr weiß man nicht," erwiderte Hahn kleinlaut.

Johann Georg bäumte sich auf, als hätte ihm jemand einen Dolch in das Herz gestoßen. Er ließ den Hofmarschall mit einem Ruck los, so daß Hahn zu Boden gestürzt wäre, wenn er nicht am Schreibtisch Halt gefunden hätte.

„Iwan .... Iwan .....!" stöhnte der Herzog. „Dann haben Sie wohl wahr gesprochen."

Und nach einer kleinen Pause: „Woher wissen Sie, daß die Komtesse ....?" Er konnte kaum mehr zusammenhängend sprechen, so würgte ihn der Schmerz.

„Man hat sie belauscht ... im Dianasaal."

„Wer?"

„Der Geheimsekretär der französischen Gesandtschaft, Poisson."

„Ein Glück, daß ich den Kerl nicht hier zwischen meinen Händen habe ...."

Der Herzog griff mit beiden Händen nach seinem Kopf. Sein Atem ging stoßweise. Sein Stolz, und, was bei Männern noch mehr ins Gewicht fällt, seine Eitelkeit, waren auf das tiefste verletzt.

Baron Hahn machte ein paar hilflose Gesten, bewegte lautlos die Lippen.

Jetzt riß sich der Herzog gewaltsam zusammen. „Wo soll das Stelldichein stattfinden und wann?"

„Im blauen Zimmer neben dem Boudoir der Komtesse ... und zwar jetzt gleich, um zwölf Uhr."

Der Herzog warf einen Blick auf die Uhr. „Dann haben wir keine Zeit zu versäumen. Gehen Sie und schicken Sie mir sofort den Schloßhauptmann."

Der Baron verneigte sich, froh darüber, daß er sich entfernen durfte.

Aber Johann Georg faßte ihn in jäher Bewegung nochmals vorne an einem der Knöpfe und sagte, seine Augen mit ihren zornDunklen Pupillen drohend auf ihn richtend: „Wenn es aber nicht wahr sein sollte, das mit dem Stelldichein ... wenn man die Komtesse zu Unrecht verdächtigt hat, dann gnade Ihnen Gott. Und nun raus!"

Der Hofmarschall trippelte, so rasch ihn seine zitternden Beine trugen, der Tür zu und schlüpfte taumelnd hinaus.

Der Herzog stand eine kleine Weile wie festgebannt in sinnloser Wut. Sein Gesicht war verzerrt, seine Augen gerötet.

So also kann man auf Weiberversprechen und Weibertreue bauen! Noch ist er nicht verheiratet und schon betrügt man ihn. Ihre unschuldsvolle Miene war eine Larve und ihre schönen Worte waren Lüge ... Lüge ... niederträchtige Lüge!

Er schlug sich mit der Faust vor die Stirne. „Ich Narr ... ich Narr!"

Heißer Zorn fuhr in ihm auf. Ein Gedanke — mit Iwan Taschew, sagte Hahn? Woher aber kam dieser Iwan mit einemal? Oder sollten Erken und Bettina gemeinsam ihn so getäuscht, ein falsches Spiel mit ihm getrieben haben?

Ein Offizier betrat das Arbeitskabinett und salutierte.

„Wo ist der Schloßhauptmann?" fragte der Herzog mit heiserer Stimme.

„Vor einer halben Stunde dienstlich weggeritten," antwortete der an der Tür.

„Sie sind der Offizier vom Dienst?"

„Jawohl, Hoheit."

„Ziehen Sie mit Ihren Soldaten eine Kette um das Schloß ... alle Eingänge besetzen. Jeder darf herein, aber keiner heraus!"

„Zu Befehl!"

Der Offizier entfernte sich.

Johann Georg richtete sich straff auf, warf einen Blick auf die Uhr. Zehn Minuten vor zwölf.

„Noch ein bißchen Geduld ..." murmelte er und heißer Haß flammte in seinen Augen auf.

Bettina hatte sich mühsam vom Boden erhoben. Sie war innerlich wie zerbrochen. Die häßliche Untreue Iwans, von der sie nach dem Geständnis der Prinzessin vollkommen überzeugt war, hatte ihr die letzte Willenskraft geraubt, ihren Lebensmut vernichtet.

Sie griff sich unwillkürlich an den Hals. Sie meinte zu ersticken, so schwer und dumpf dünkte sie die Luft.

Hastig wandte sie sich zum Fenster und riß es auf.

Der Frühlingssturm, der sich inzwischen verstärkt hatte, blies ihr in vollem Strom entgegen: er fuhr ungestüm in die Tüllgardinen und blähte sie zu weißen Kugeln auf, fegte über die brennenden Kerzen hin, die auf dem Tisch standen, und drückte sie zu kleinen, blauen Pünktchen nieder, so daß sie jeden Augenblick zu verlöschen drohten.

Bettina stand mit ausgebreiteten Armen am Fenster. Dieses Aufgewühltsein der Natur paßte zu ihrer Stimmung. Auch in ihr war alles aufgewühlt. Auch sie durchbrauste ein Sturm, Sturm von bitteren Enttäuschungen und quälenden Zweifeln.

Sie blickte mit umflorten Augen zu den fliegenden Wolken hinauf, die wie die apokalyptischen Reiter über den Himmel dahinjagten und denen der ab und zu auftauchende Mond ein gespensterhaftes Aussehen verlieh. Die Wipfel der Bäume bogen und neigten sich, als duckten sie sich unter dem dahinstürmenden wilden Heer. Ein seltsames Raunen war in der Luft.

Da schlug draußen die Uhr des Schlosses Mitternacht. Zitternd, wie auf Wellen getragen, flüteten die Glockenschläge mit dem Sturm durch das Fenster herein.

Sie führten Bettina aus ihrem Dämmerzustand in die Wirklichkeit zurück.

Sie fühlte ganz deutlich, fast körperlich, daß die Tür geöffnet worden war.

Rasch wandte sie sich um. Joachim von Erken stand im Zimmer. Sie schloß eilig das Fenster, dann schritt sie auf den Rittmeister zu.

Beide schwiegen eine kleine Weile, spähten sich forschend in die Augen, als wartete jedes darauf, daß der andere das erste Wort sprach, das den drückenden Bann lösen würde.

Mit erzwungener Festigkeit, aber in leisem, gedämpftem Ton sagte Bettina: „Iwan ... nun erkläre mir!"

„Komtesse ..."

„Nenne mich nicht so! Laß das Versteckspiel. Einst war ich deine Bettina!" entgegnete sie und warf den Kopf ein bißchen hochmütig in den Nacken.

Joachims Augen verhärteten sich. Die Lippen bogen sich in wehem Spott. „Aber heute sind Sie die Braut des Herzogs." Seine Stimme klang fremd, fast unwillig.

„Durch deine Schuld," stieß Bettina verzweifelt hervor. Und als Erken langsam den Kopf schüttelte: „Ja ... und ja und tausendmal ja! Dein tödliches Schweigen und mein ewiges Hoffen und Bangen nach dir machten mich halb wahnsinnig. Dazu hat mich meine Mutter ständig durch Bitten und Tränen bestürmt, mich dem Wunsch des Herzogs gefügig zu machen. Das ging so Wochen, Monate hindurch und ... und da glaubte ich nicht mehr an dich."

„So kleinmütig war deine Liebe?" warf Joachim bitter ein.

Bettina wollte etwas erwidern, aber sie begnügte sich, die Augen eine Sekunde lang, groß, mit dem Ausdruck von Kummer und Trauer auf ihn zu heften. „Warum kamst du all die Tage nicht zu uns ins Gärtnerhaus?" begann sie wieder und ihr Herz schmerzte vor Argwohn.

„Weil ich bis zu unserer Begegnung beim Herzog nicht wußte, daß die Damen, die so zurückgezogen im Gärtnerhaus wohnten, die Gräfin Hauenstein und ihre Tochter waren. Der Herzog sprach niemals mit mir darüber. Und ich war nicht neugierig genug, nachzuforschen, wer die Damen waren, die der Herzog so oft mit seinem Besuch beehrte."

Bettina verwirrte diese Antwort. Aber sie kam von dem Gedanken nicht los: er liebt mich nicht mehr, sein Herz gehört einer anderen ... der Prinzessin.

Und wieder Stille und banges Schweigen.

Nur der Sturm rüttelte am Fenster, ächzte und heulte.

Joachim umfaßte mit einem sehnsuchtsvollen Blick die schlankgewachsene Gestalt des Mädchens, dessen Küsse einst so heiß auf seinen Lippen gebrannt.

„Warum lebst du hier unter falschem Namen?" brach Bettina endlich das Schweigen.

„Das darf die künftige Herzogin nicht erfahren."

Das war ihr wie ein Stich ins Herz. „Mag das mit deiner Mission sein, wie es will ... ich habe kein Verlangen, es zu erfahren. Darum handelt es sich hier ja auch gar nicht. Daß du mich verlassen hast, das hat einen ganz anderen Grund," sate sie heftig und in ihre Augen trat ein kaltes Licht, das ihr sanftes Wesen mit einem Male veränderte.

Erken blickte sie verständnislos an.

(Fortsetzung folgt.)

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Ich hab dir verziehn!

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Schon während der Wagen durch die holprigen Straßen der Vorstadt rollte, brach die mühsam zurückgehaltene Erregung in ihm durch. Er riß dem erstaunten Kutscher wortlos Peitsche und Zügel aus der Hand und trieb die beiden Rappen so plötzlich zu scharfer Gangart an, daß die Tiere hochstiegen und das Gefährt beinah ein paar spielende Kinder umgerissen hätte.

Aber der Graf war ein viel zu guter Fahrer, als daß er die beiden heißblütigen Tiere nicht rasch wieder in der Gewalt gehabt hätte. In sausender Fahrt jagte der Wagen durch die letzten Straßenreihen und bog in die rot leuchtende Ebereschenallee ein, die zwischen abgemähten Feldern in die Richtung von Schloß Tannenaue führte.

Der Himmel hatte sich inzwischen bewölkt. Dunstige Schleier wehten von der Küste herauf, und ein bedrohliches Rauschen war schon in der Luft. Ein Unwetter, das hier in dieser Gegend sich so rasch vom nahen Meere her über das Land werfen konnte, zog heran.

Immer schneller trieben die Wolken über die jetzt grauen, sonnenlosen Felder, immer schneller und wilder jagten die Pferde hin, getrieben von der Peitsche ihres erbarmungslosen Herrn, und immer wilder tobten die Gedanken hinter der schönen Männerstirn.

Waren die Reden dieses Kaufmanns Wahrheit? Es war unmöglich, es mußte unmöglich sein. Wahnsinn war der Gedanke, daß Dolores, die eben noch in seinen Armen geruht, die eben noch zärtliche Beteuerungen der Liebe mit ihm getauscht hatte, eine Stunde darauf schon wieder einem anderen Beweise ihrer Gunst zu geben bereit war. Ein Schuft war dieser Wulffes, ein ganz gemeiner Verleumder. Man hätte ihn niederschlagen müssen, wie einen Hund. Warum hatte er es nicht getan? Etwas hatte ihm die Hand gelähmt. Ein Gedanke war plötzlich wie eine giftige Flamme in ihm hochgeschossen. Hatte Dolores ihn nach dem Frühstück nicht förmlich weggedrängt, unter der Angabe, die Schneiderin käme, um das neue Tanzkostüm mit ihr zu besprechen? War da etwas, was man ihm verbarg? Hatte Dolores Geheimnisse vor ihm?

Tiefer und tiefer brannte die sengende Flamme in seiner aufgewühlten Seele. Wie sollte er es beginnen, um Dolores für immer an sich zu fesseln, sie unempfindlich zu machen gegen die Bewerbungen der anderen Männer? Er kannte ihre fast krankhafte Neigung für Schmuck, Glanz und Reichtum, die sogar über die Liebe zu ihm zu siegen drohte. Und hatte sie damit nicht eigentlich recht? Durfte so große Schönheit nicht nach allem langen, was Glanz, Macht und Reichtum hieß? Konnte er dieses Verlangen befriedigen, so besaß er diese Frau, ohne die er nicht leben konnte, der er, der bisher so Sieggewohnte, für immer verfallen war. Das, was er bisher für sie getan hatte, war nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Er mußte Geld schaffen — immer, immer wieder Geld. Und dazu gab es nur einen Weg.

Unter diesen Gedanken und Ausblicken wich der Sturm in seinem Innern allmählich ruhigerer Ueberlegung. Er lockerte den herrischen Griff, mit dem er die beiden Rappen angetrieben hatte, und die edlen Pferde, erschöpft und heiß, gehorchten nur zu gern der Nachgiebigkeit ihres Herrn.

Hinter einer Biegung der Landstraße tauchten jetzt die beiden Türme von Schloß Tannenaue über den hohen Laubbäumen auf. Die ersten Regentropfen fielen schwer hernieder, ein jäher Windstoß riß die gilbenden Blätter von der großen Buche, die vor dem Eingangsportal Wacht hielt.

Der Kutscher sprang herunter, öffnete das breite, schmiedeeiserne Tor, das in die schwere Mauer eingelassen war. Langsam rollte der Wagen auf dem Kies um das Rondell und hielt.

Das Knirschen der Räder war noch nicht verklungen, da öffnete sich bereits die Tür von der großen Vorhalle. Graf Friedrich erschien. Unter dem schützenden Mauervorsprung des Portals stand er und sah dem Bruder entgegen. Der Wind wühlte in seinem dunklen Haar, und die Finsternis des Herbsthimmels schien sich auf seinen Zügen widerzuspiegeln. Aber ehe er noch den Bruder eines Wortes würdigte, rief er dem Kutscher zu:

„Die Decken für die Pferde — abreiben — in den Stall, rasch — Die Gäule werden mir noch einmal kaputt gehen."

Dann wandte er sich mit einem frostigen Blick zu dem Bruder. „Ich habe mit dir zu sprechen!"

Hans Egon warf einen unbehaglichen Blick auf das finstere Gesicht des Bruders.

„Hätte das nicht Zeit, bis ich mir trockene Sachen angezogen habe? Oder ist dein Bruder weniger wert als deine Gäule?"

Mit einem Blick auf das schöne, leichtsinnige Gesicht versetzte Graf Friedrich schneidend:

„Die Gäule tun auch ihre Pflicht, während du —", er beendete den Satz mit einem verächtlichen Achselzucken. „Aber ich möchte nicht schuld sein, daß deine kostbare Gesundheit durch einen Schnupfen leiden könnte. Also — in einer Viertelstunde in meinem Zimmer."

Hans Egon war es nicht sehr behaglich zumute, als er jetzt seinen Gemächern zuschritt. In dem Flur begegnete ihm Mamsell Stülpnagel, sagte aber kein Wort, sondern ging mit einem scheuen Blick an ihm vorüber. Das erhöhte das unbehagliche Gefühl, das ihm beim ersten Anblick des Bruders bereits beschlichen hatte.

Zum Teufel, es mußte endlich einmal ein Ende haben mit dieser angemaßten Vormundschaft des selbstgerechten Stiefbruders! Sein Entschluß war gefaßt. Mochte Friedrich sehen, wie er das verschuldete Gut und das Schloß rettete, mochte er jeden Pfennig zusammenhalten — er, Hans Egon, war nicht dazu geschaffen, sein Leben lang eine Figur in diesem Trauerspiel zu bleiben.

Bei diesem Gedanken angelangt, pfiff er bereits wieder eine lustige Schlagermelodie, während er den feuchten Anzug achtlos in eine Ecke schleuderte. Bald würde man sich nicht mehr selbst bedienen müssen, sondern ein geschulter Kammerdiener würde, jedes Winkes gewärtig, seine Befehle erwarten.

Er entnahm dem alten Eichenschrank eine elegant verschnürte seidene Joppe, die er sorgsam vor dem Spiegel zurechtrückte, wobei ein wohlgefälliges Lächeln über sein Gesicht glitt, als er sein elegantes Spiegelbild betrachtete. Er öffnete ein kleines Wandschränkchen, holte eine Flasche heraus, die er genießerisch gegen das Licht hielt, ehe er mit der goldfarbenen Flüssigkeit einen kleinen silbernen Likörbecher füllte. „Noch eine Zigarette", dachte er, „und das Leben ist wieder passabel. Und nun in die Höhle des Löwen."

Er ging aus seinem Zimmer heraus und pfiff den Marsch aus Carmen: „Auf in den Kampf." Mit dem letzten Pfiff auf den schönen, genußsüchtigen Lippen trat er in das Arbeitszimmer seines Bruders, das auf der anderen Seite des langen Korridors lag.

Dieses Arbeitszimmer kennzeichnete den Charakter und die Lebensweise des überaus ernsten Mannes, der sich jetzt langsam in seinem Armsessel umwandte.

Eine riesige Schreibtischplatte war bedeckt mit großen Geschäftsbüchern, Tabellen, landwirtschaftlichen Zeitungen und Prospekten. An der Wand neben und über dem Schreibtisch hingen an Drahthaken Papiere und wieder Papiere, Listen, Abrechnungen und so weiter. Es war eher das Zimmer eines Geschäftsmannes als das eines Schloßbesitzers. Auch Graf Friedrich sah in diesem Augenblick mehr einem sorgenvollen Geschäftsmanne ähnlich, als einem Manne, dem ein so stolzer Besitz zu eigen war.

Graf Friedrich faßte den jüngeren Bruder scharf in die Augen und — nachdem er stumm auf einen Stuhl gewiesen, fragte er: „Du weißt, aus welchem Grunde ich dich gerufen habe."

Hans Egon zuckte leichtsinnig mit den Achseln.

„Was soll es wohl sein?" Er sah angelegentlich dem Rauch seiner Zigarette nach. „Wieder einmal eine deiner so beliebten Strafpredigten. Hat der Schneider Zickelbein vielleicht gemahnt? Der Kerl soll froh sein, wenn ich für seine Anzüge Reklame laufe. Oder drückt dich der unbezahlte Kognak, den ich kommen ließ? Darf ich dir vielleicht ein Glas zur Probe anbieten? Die Marke ist gut." Und er erhob sich, als wollte er der Tür zuschreiten.

Graf Friedrich schlug jetzt mit der Faust auf den Tisch:

„Genug mit diesen Narreteien! Du weißt ganz gut, warum ich dich gerufen habe. Aus unserer Gemäldesammlung fehlt das kostbarste Stück, der berühmte Rodenwald. Wo ist das Bild?"

Hans Egon zündete sich umständlich eine neue Zigarette an und sagte wie beiläufig zwischen zwei Zügen:

„Wo soll es sein? In guten Händen."

„Willst du dich gefälligst deutlicher ausdrücken", fuhr Friedrich auf. Seine Stimme hatte einen bedrohlichen Klang angenommen.

Hans Egon gab seine bequeme Haltung auf und setzte sich jetzt kampfbereit dem Bruder gegenüber.

„Wenn du es durchaus wissen willst, ich habe mir erlaubt, es zu verkaufen. Ich habe nicht länger Lust, um jeden Pfennig bei dir zu betteln, während die Vermögen hier tot an der Wand herumhängen."

Graf Friedrichs Stimme grollte. „Das nennst du totes Vermögen? Bist du dir gar nicht klar, was du getan hast? Du weißt genau so wie ich, daß der Wert des Bildes nicht nur in dem berühmten Namen des großen Meisters lag, der es vor Jahrhunderten geschaffen hat — nein, der Wert für unsere Familie ist ein doppelter gewesen. Du weißt genau so wie ich, daß dieses Bild die Stunde darstellt, in der unser Urahne vom Kaiser Maximilian zum Ritter geschlagen wurde. Du kennst auch die Bestimmung des Hauses Rauenstein, daß dieses Bild nicht aus dem Schloß Tannenaue entfernt werden soll."

Die Zornader auf der Stirn des Grafen Friedrich schwoll zu immer bedrohlicherer Stärke an.

„Ich nehme an, daß du deine Schulden mit dem Geld bezahlt hast. Aber zu welchem Gläubiger hast du das Bild gebracht? Nenne ihn mir sofort, ich werde versuchen, koste es, was es wolle, das Bild wieder zurückzuerwerben."

„Du hast ganz recht mit deiner Vermutung, daß ich Schulden damit bezahlt habe", erwiderte Hans Egon; „aber welcher Art diese Schulden sind, das zu sagen, fühle ich mich nicht verpflichtet, da ich ja schließlich seit einigen Jahren majorenn und dir keine Rechenschaft schuldig bin. Du bist nicht mehr mein Vormund."

Das Gesicht des Grafen Friedrich wurde bleich.

„Wenn du nicht schon den Anstand besitzt, diese Entnahme rückgängig zu machen — das Wort Diebstahl möchte ich zwischen uns beiden denn doch vermeiden —, vielleicht aber denkst du dann wenigstens an die alte Sage unseres Hauses, die jedem Unglück verheißt, der das Bild unseres Ahnen aus dem Hause führt. Ich warne dich, Hans Egon!"

„Also Sentimentalität und noch Aberglauben obendrein" — Hans Egon lachte leichtsinnig auf —, „damit kannst du einen aufgeklärten Menschen nicht fangen. Auf den Fluch lasse ich es ankommen. Vorläufig hat der Verkauf des Bildes mir noch kein Unglück gebracht, im Gegenteil —"

Graf Friedrich sah den Leichtsinnigen mit einem ernst schmerzlichen Blick an und ließ sich müde in den Schreibtischsessel zurücksinken.

„Ich sehe zwischen uns keine Verständigung mehr. Aber das eine weiß ich: ich werde Mittel und Wege finden, um zu verhindern, daß das mühsam von mir gehütete und erhaltene Besitztum durch deinen verbrecherischen Leichtsinn verschleudert wird."

„Ich kann dich schon gern heute dieser Mühe entheben", erwiderte Hans Egon und stand auf.

„Ich werde in absehbarer Zeit nicht mehr nötig haben, deine Bettlerpfennige anzunehmen. Es gibt Frauen, die nur allzu gern bereit sind, mir außer ihrem Herzen noch ihren Reichtum zu Füßen zu legen."

Verächtlich erwiderte Graf Friedrich:

„Dann müssen diese Frauen denselben Wert haben wie du."

Hans Egon sah dem Bruder mit einem lauernden und triumphierenden Blick in die Augen.

„Wenn du dich nur nicht täuschest, du Menschenkenner!"

Die letzten Worte sprach er schon an der Tür, die er rücksichtslos hinter sich zuwarf.

* * *

Vor ihrem hohen Ankleidespiegel stand Birgit Sibelius und prüfte mit sorgenden Blicken immer wieder die Gestalt, die das glänzende Glas ihr zurückgab. Ein weißes, duftiges Tüllkleid umschloß ihre schlanken Glieder wie eine zarte weiße Winterwolke. Alles an ihr war weiß und zart. Gesicht und Nacken hatten die weiche Blässe edler Rosen. Das Blond des Haares wirkte fast wie Silber und lag in einem schweren, schlichten Knoten auf dem schmalen Mädchennacken.

Ihre feinen Brauen waren streng gerunzelt, wie sie sich mitleidlos und prüfend betrachtete. Sie wußte, daß sie nicht schön war. Sie war viel zu bescheiden, als daß sie die versteckte, aber um so rührendere Anmut ihres feinen, strengen Profils, ihrer scheuen, seelenvollen grauen Augen, die liebliche Herbheit ihres blaßrosa Mundes schön gefunden hätte.

Und was hätte Birgit darum gegeben, gerade am heutigen Abend schön zu sein, hinreißend schön, wie jene Frauen, deren betörendem Zauber alle Männer erlagen?! Wenn sie sich auch nicht nach so dämonischer Schönheit sehnte, wie sie etwa die berühmte Tänzerin Dolores del Fonza aufzuweisen hatte, deren Bilder in allen Schaufenstern prangten — etwas von jenem leidenschaftlichen Reiz dieser Frau hätte sie wohl ihr eigen nennen mögen.

Sie errötete vor sich selbst und ihren Gedanken. Nie wäre ihr früher ein solcher Wunsch gekommen. Aber seit dieser Mann, dem sie jetzt wieder begegnen sollte, in ihr Leben getreten, war alles in ihr wie umgewandelt. Und zum ersten Male empfand sie mit jähem Schmerz, daß sie ihre Mutter nie gekannt hatte. Die Mutter wäre die einzige gewesen, zu der sie hätte flüchten mögen mit ihren Wünschen, ihren Träumen, der Unruhe ihres Herzens.

Jetzt nahm sie den vollerblühten Strauß duftiger Maiglöckchen aus der niedrigen Kristallvase, und wollte sie gerade mit einer Brillantenagraffe am Ausschnitt des weißen Tüllkleides befestigen, als es klopfte.

Das Stubenmädchen trat herein.

„Der Wagen für das gnädige Fräulein ist vorgefahren", meldete sie ehrerbietig — und sie reichte Birgit einen großen Strauß, in Seidenpapier gewickelt.

„Er ist eben für das gnädige Fräulein abgegeben worden."

„Keine Karte dabei?" fragte Birgit mit einem leisen Zittern in der Stimme, während eine heiße Glutwelle ihr aus dem Herzen in das zarte Gesicht stieg.

„Nein", gab das Mädchen zur Antwort.

Birgit nahm die Gabe und nickte dem Mädchen zu.

„Ich komme sofort, warten Sie in der Diele!"

Kaum war das Mädchen draußen, riß Birgit mit zitternden Fingern das Papier auseinander.

Ihr entgegen blühte ein Strauß glutroter üppiger Rosen, auf denen Wassertropfen wie silberner Tau im Licht der großen elektrischen Krone auffunkelten. Birgit verbarg ihr glühendes Gesicht einen seligen Augenblick in der duftenden Schönheit. Dann wandte sie sich noch einmal zum Spiegel und hielt die purpurnen Blumen an das schneeige Weiß ihres Kleides. Aber wie erschrocken von der feurigen Glut der schwer duftenden, voll erschlossenen Blüten nahm sie sie hastig wieder fort und stellte sie sorgsam in den schlanken, silbernen Blumenkelch auf ihren Schreibtisch.

Sie ergriff wiederum den Maiglöckchenstrauß, den sie vorhin, als der duftende Blumengruß ihr überbracht wurde, achtlos beiseite gelegt hatte. „Ihr paßt besser zu mir", dachte sie.

Rasch ging sie hinaus und die Treppe hinunter. Das Mädchen wartete mit dem weichen blondfarbenen Breitschwanzmantel. Birgit schlüpfte hinein, und das Mädchen wollte ihr die Tür öffnen.

„Einen Augenblick", sagte Birgit. Sie ging durch die Diele zum Hausflur, von dem aus sich die Kontorräume abzweigten. Vorsichtig öffnete sie die Doppeltür zum Privatkontor des Vaters. Er war allein.

Mit einem „Da bin ich, Väterchen!" trat sie näher und umschlang den Schreibenden zärtlich. Sein ernstes Gesicht überflog ein Schimmer stolzester Vaterfreude.

„Laß dich einmal anschauen, Liebling", sagte er. „Sollen dich nur die anderen sehen? Hat nicht dein Vater als erster das Recht, dein größter Bewunderer zu sein?"

Sie öffnete mit leichtem Erröten den Pelz. „Da, Väterchen! Bist du zufrieden mit deiner Tochter?"

Der Konsul lächelte: „Mehr als das — ich bin verliebt."

Sie seufzte ein wenig. „Mit dieser Verliebtheit wirst du wohl der einzige bleiben, Väterchen!"

„Das möchte ich mir ausgebeten haben", sagte er mit drolligem Ernst, „ich möchte meine Tochter noch lange nicht an einen fremden Mann verlieren."

„Warum verlieren, Väterchen? Würdest du nicht noch einen Sohn dazu gewinnen?"

„Wie ernsthaft du mir antwortest, mein Kind?" sagte der Konsul und sah seine Tochter forschend an, die unter seinem Blick errötete.

(Fortsetzung folgt.)